

November 2021

Krah



Report

Europas Zukunft im globalen Wettbewerb

Corona und der internationale Handel

Die Gefahren der neuen Euro-7-Norm





Mitglied

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
Ausschuss für internationalen Handel
Unterausschuss Menschenrechte
Unterausschuss für Sicherheit
und Verteidigung
Delegation für die Beziehungen
zu den Vereinigten Staaten

Stellvertreter

Ausschuss für Wirtschaft und Währung
Ausschuss für Verkehr und Tourismus
Ausschuss für regionale Entwicklung
Sonderausschuss zu künstlicher
Intelligenz im digitalen Zeitalter
Delegation in der Parlamentarischen
Versammlung EURO-NEST

Stv. Delegationsvorsitzender

**Betreuung der AfD-Landesverbände
Sachsen, Sachsen-Anhalt**

Dr. Maximilian Krah

Maximilian Krah, geboren am 28.01.1977 in Räckelwitz bei Bautzen, aufgewachsen in Dresden. Einschulung 1983, Abitur am Kreuzgymnasium 1995, anschließend Wehrdienst und Jurastudium in Dresden. Erstes und zweites juristisches Staatsexamen, Promotion zum Dr. iur. Zudem postgraduales Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Columbia University in New York und der London Business School, Abschluss als Master of Business Administration. Als Rechtsanwalt zugelassen seit 2005, zahlreiche Mandate als Aufsichts- und Stiftungsrat, u. a. in Österreich, Lettland, Schweiz.

Dr. Krah war ab 1991 Mitglied der Jungen Union und ab 1996 der CDU. Austritt und Eintritt in die AfD 2016 wegen grundsätzlicher Ablehnung der Politik der Kanzlerin, nicht nur in der Frage der Migration. Er ist stellvertretender Vorsitzender der AfD Sachsen. 2019 ins Europäische Parlament auf Listenplatz 3 der Bundesliste der AfD gewählt, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Delegation, Mitglied im Außenhandelsausschuss.

Maximilian Krah ist Vater von sechs Kindern, verwitwet und wieder verlobt, und lebt in Dresden und Brüssel.

www.maximilian-krah.de

www.europarl.europa.eu

www.id-afd.eu



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

unverändert stellen sich viele die Frage:
Was machen die da eigentlich in Brüssel?

Ich stelle mir diese Frage auch häufig – und ich bin ja qua Mandat in Brüssel. Was machen die, was machen wir dort?

Für die offiziellen Führungsstellen der EU fällt die Antwort leicht: Man arbeitet hart daran, sich immer mehr zu einem Bürokratiemonster zu entwickeln, mit dessen Hilfe winzig kleine Lobbygruppen den Umbau der Gesellschaft vorantreiben. Die europäische Tradition, das Abendland, wird nicht geschätzt, sondern gehasst.

Man könnte meinen, dass eine Überwindung dieser EU eigentlich im Interesse aller ist. Doch bisher scheitert ein grundlegender Umbau dieser Institution in unserem Sinne nicht nur am deutschen Geld, das viele EU-Staats Haushalte stabilisiert, sondern auch an den unbestreitbaren praktischen Vorteilen, die mit der europäischen Zusammenarbeit verbunden sind: Binnenmarkt, offene Grenzen, vergleichbare Standards in Recht wie Technik.

Niemand in Kehl will auf die Straßenbahn nach Straßburg verzichten, kein Dresdner auf seinen Tagesausflug nach Prag, kein Unternehmer auf seine Geschäftsbeziehungen in die Nachbarländer. Die EU-Anhänger schaffen es, diese Vorzüge mit der EU zu verknüpfen. Seht, sagen sie, das alles gibt es nur mit und in der EU.

Wer immer diese Erzählung widerlegen will, muss mehr bieten als nur die pauschale Forderung nach EU-Austritt. Er muss plausibel erklären, wie er die Vorteile europäischer Zusammenarbeit erhalten will, wenn er den Nachteilen und Zumutungen den Kampf ansagt. Zu dieser Plausibilität gehört, dass jedes Alternativkonzept auch Unterstützer in den anderen EU-Ländern haben muss; Sonderwegen traut niemand, erst recht keinen deutschen.

Einen solchen plausiblen Plan auszuarbeiten und vorzustellen ist unsere Aufgabe. Ja zu Europa, nein zu dieser EU – die Richtung ist klar, der Weg noch unbekannt. Machen wir uns auf, ihn auszuloten!

In diesem optimistischen Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre des neuen „Krah-Reports“.

Ihr Maximilian Krah

INHALT

Internationaler Handel nach Corona.....	4
Corona-Grenzregime.....	6
Euro 7 und Co.....	7
Green Deal und Great Reset.....	9
„Nord Stream 2“.....	12
Europas Zukunft im globalen Wettbewerb.....	16
Das neue Vertrauen in Kryptowährungen.....	19
Die Lehren aus Afghanistan.....	21
Kasachstan im Visier der Globalisten.....	22
Der Wandel in Saudi-Arabien.....	23
EURASIEN- Konferenz 2021.....	24
Polen vs. EU.....	26



Corona-Maßnahmen und die Folgen für die internationalen Handels- beziehungen

Seit dem späten Jahr 2019 tritt das Corona-Virus SARS-CoV-2 auf der ganzen Welt auf. Spätestens im März 2020 hat die Virusverbreitung pandemische Umfänge erreicht und einen maßgeblichen Einfluss auf die internationalen Handelsbeziehungen genommen.

In Deutschland ist mit dem Beginn der ersten Corona-Maßnahmen das Bruttoinlandsprodukt stärker eingebrochen als jemals zuvor. Im zweiten Quartal 2020, also zu Beginn der ersten von vielen Lockdowns und staatlich angeordneten Geschäftsschließungen, schrumpfte das BIP laut Statistischem Bundesamt um mehr als ein Zehntel. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die sie begleitenden Maßnahmen auf den internationalen Handel sind gleichermaßen dramatisch. Durch den Produktionseinbruch in exportorientierten Ländern zu Beginn des Jahres 2020 sind globale Lieferketten unter Druck geraten. Unternehmen können ohne nötige Importteile selbst nicht mehr produzieren und leiden zusätzlich unter dem internationalen Rückgang der Nachfrage. Diese ist im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen nicht erneut über das Vorkrisenniveau hinausgekommen.

Mit jedem neuen verkündeten Lockdown bricht der deutsche Außenhandel erneut ein. Besonders eindrücklich war das zu Beginn der ersten Schließungsmaßnahmen im März 2020. Das Exportvolumen Deutschlands sank damals um 30,5 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Erst im September hatte sich der Handel wieder auf das März-Niveau hinaufgekämpft, um dann zu Beginn des November-Lockdowns erneut stark abzufallen. Der Trend zeigt weiterhin in Richtung Talsohle. Insbesondere die Zahlen des ersten Quartals 2021 dürften bei ihrer Bekanntgabe Aufschluss darüber geben, wie stark die Wirtschaft tatsächlich unter den Regierungsmaßnahmen leidet.

Auch auf internationaler Ebene werden die Auswirkungen der Corona-Krise immer deutlicher. Der globale Wettbewerbsdruck hat in den vergangenen Jahrzehnten zur Entstehung effizienter Wertschöpfungs-



Letztlich können sich auch hier eine gestärkte Unabhängigkeit und die Rückendeckung für die Produktion im eigenen Land auszahlen!

Dr. Maximilian Krahl



Beachten Sie
zu diesem Thema
auch das
**Dresdner
Gespräch**
auf meinem
Videokanal!

ketten geführt. Ein Unternehmen produziert nicht mehr nur an einem Standort, sondern in verschiedenen Teilen der Welt, um von den örtlichen Gegebenheiten, wie zum Beispiel von niedrigeren Lohnkosten, zu profitieren. Gleichzeitig wird der Kundestamm auf die ganze Welt ausgedehnt. So werden Kosten und Risiken minimiert. Mit der möglich gewordenen Just-in-time-Lieferung, bei der Teile und Komponenten erst dann geliefert werden, wenn sie vom weiterverarbeitenden Betrieb benötigt werden, fällt die Lagerhaltung nahezu gänzlich weg und verursacht so auch keine Kosten mehr. Dieses System hat dem europäischen Verbraucher bis zur Corona-Krise eine größere Produktvielfalt und niedrigere Preise beschert und gleichzeitig hiesige Unternehmen ohne Produktionsstätten im eigenen Land wettbewerbsfähig bleiben lassen.

In diesem Sinne fertigen Unternehmen kein vollständiges Produkt in allen seinen Einzelteilen selbst, sondern beziehen Komponenten von hochspezialisierten Zulieferern. Das Endprodukt besteht heute in der Regel aus Teilen aus vielen unterschiedlichen

Ländern. Der corona-bedingte Ausfall auch nur eines Zuliefererbetriebs bringt nun diese globalen Wertschöpfungsketten ins Wanken. Die fehlende Lagerhaltung verschärft das Problem noch zusätzlich.

Für Unternehmen in der EU bedeutet das im konkreten Fall, dass fehlende Lieferungen chinesischer Betriebe die Produktion einschränken oder gänzlich zum Erliegen bringen können. In der Krise hat sich deutlich gezeigt, dass europäische Firmen und auch Staaten mittlerweile allzu abhängig von ihren internationalen Handelspartnern geworden sind. Die Bundesregierung musste im Jahr 2020 beispielsweise 6 Milliarden Euro für Gesichtsschutzmasken ausgeben, die in der Volksrepublik China gefertigt wurden, weil hierzulande die Produktionskapazitäten fehlten. Gleiches gilt für die Impfstoff- oder Arzneimittelherstellung. Der Industriestandort Deutschland hat einen Großteil seiner Produktionsstätten ins Ausland verlagert. Der pharmazeutische Sektor ist dabei nur ein Beispiel von vielen, jedoch eines, das insbesondere in einer weltumspannenden Gesundheitskrise durchschlägt.

Die Kräfteverschiebungen im globalen Handel konnten durch die Corona-Pandemie wie durch ein Brennglas beobachtet werden. Die komplizierten und anfälligen Lieferketten zeigten, wie sensibel europäische Unternehmen auf Krisen reagieren. Gleichzeitig dürfte den neuen großen Wirtschaftsmächten ihre eigene Stärke vor Augen geführt worden sein.

Um Deutschland und Europa in Zukunft international wettbewerbsfähig zu halten, muss man aus der Pandemie Lehren ziehen. Arbeitsteilung und globale Wertschöpfungsketten sind gewinnbringende Konzepte, die jedoch nicht die vollständige Aufgabe der eigenen Produktionsleistung rechtfertigen. Wertschöpfungsketten müssen diversifiziert und verkürzt werden, um robuster durch mögliche künftige Krisen zu kommen. Letztlich können sich auch hier eine gestärkte Unabhängigkeit und die Rückendeckung für die Produktion im eigenen Land auszahlen. ■

Corona-Grenzregime Was plötzlich machbar war

Noch vor wenigen Jahren schien eine Gewissheit unumstößlich: Grenzschließungen sind utopisch, die europäischen, wenn nicht sogar die internationale Freizügigkeit alternativlos. Das war 2015 als sich eine ganze Völkerwanderung über den Balkan auf uns zubewegte. Drei freundliche Grenzbeamte stellten sich damals mit weit ausgebreiteten Armen der Menschenkarawane an der Donau entgegen und blieben etwa so erfolgreich wie Kommissionspräsidentin von der Leyen bei der Impfstoffbeschaffung.

Heute, so wissen wir, ist diese Bastion der weltweiten Migrations- und Reisefreiheit gefallen. Stattdessen gilt: Jeder Mann an seinem Ort, spart Geld und manches böse Wort. Geld, das sind in dem Fall die horrenden Gebühren, die für die Verletzung der Corona-Leine von fünfzehn Kilometern rund um den eigenen Haushalt anfallen. Die bösen Worte gibt es dazu frei Haus von beliebigen Politikern der verschiedenen Ebenen für all jene, die sich auch jetzt noch trauen, mit dem Schlitten ins nächste Mittelgebirge zu fahren. Denn mittlerweile wissen wir ja alle: Das Corona-Virus lauert besonders gern dort, wo gesunde junge Menschen sich sportlich betätigen, spätestens aber hinter dem fünfzehnten Kilometer.

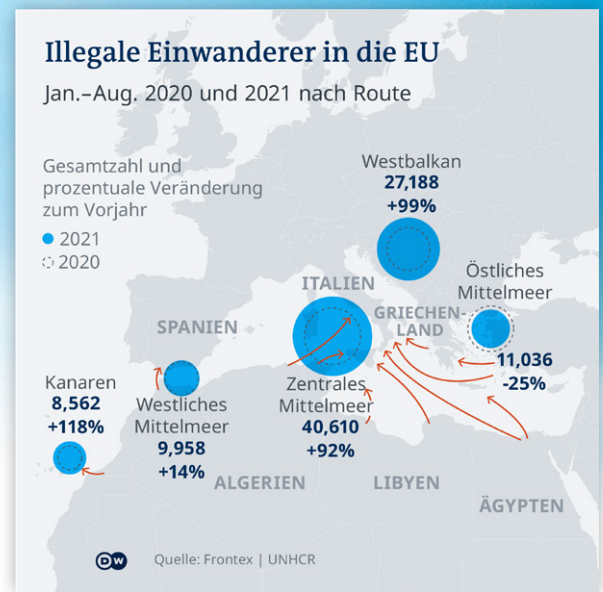
Nun könnte man ja meinen, dass dadurch als willkommener Nebeneffekt auch die illegale Migration einen deutlichen Einbruch erlitten hat. Der Schlepper als Opfer der Corona-Re-

zession quasi. Aber dem ist natürlich nicht so. Die brüchigen Nusschalen voller hoffnungsfroher Glücksritter landen weiterhin in der Schengenzone an. Im Moment befinden sich die Kanaren im Zentrum dieses Migrationshotspots, allein im November des letzten Jahres erreichten nach Angaben der zuständigen Behörden 8.157 Neuankömmlinge auf diesem Weg die Ferieninseln, eine Steigerung um das Zehnfache, verglichen mit demselben Zeitraum im Jahr 2019. Von „Ghettolen im Urlaubsparadies“ schreibt die Junge Freiheit aus Berlin und tatsächlich haben sich vor Ort einige Traumhotels in Ghettos verwandelt. Weil die Touristen ja ausbleiben (denn Reisen ist ja mindestens genauso gefährlich wie Schlittenfahren), werden die Hotels eben mit anderen Gästen gefüllt. Ungebetenen und zahlungsunfähigen zwar, aber zumindest in der Hinsicht ist sich die sozialistische Regierung in Madrid mit Frau Merkel einig: Gezahlt wird die Zeche notfalls durch den Steuerzahler.

Fragt man diese jungen Männer, wohin sie wollen, so wird ganz schnell klar: Die nächste Welle an illegalen Einwanderern in die Bundesrepublik ist schon da. Sie ist nur quasi „im Wartestand“ auf den Kanaren. Aber früher oder später werden diese jungen Männer von Gran Canaria aufs Festland geflogen und reihen sich dann zügig ein in das anonyme Heer der Sozialhilfebezieher, Niedriglöhner und Arbeitslosen zwischen Rostock und Lissabon.

Arme Kerle samt und sonders, die als Kinder der unteren afrikanischen Mittelschicht für viel Geld auf löcherige Boote gesteckt werden, um im Land der unbegrenzten Möglichkeiten einem Traum hinterherzulaufen, der keine Realität, sondern ein Zerrbild ist, nur um dann hier am unteren Ende der Gesellschaft von Sozialhilfe zu leben. Verantwortlich dafür sind natürlich die, die sich gern in der Welt als „Mutter für Millionen“ präsentieren, die zulassen, dass durch Pull-Effekte weitere Millionen sich auf den Weg machen. Die der Welt das Gefühl vermitteln, hier würde man nur auf die Neuankömmlinge warten.

Ein Betrug an denen, die kommen und ein Betrug an denen, die hier für die Neuankommenden zahlen. Aber in demselben Maß, in dem die verheerenden Folgen des Lockdowns deutlich werden, wird sich auch der Bürger fragen, wieso weiterhin die tausendfache illegale Einreise möglich, sein eigenes Reisen aber fast nicht mehr möglich ist. Ein Moment der Wahrheit auch für die neue Bundesregierung und ihre menschenrechtsbewegte Fraktion, der die größte Frage vielleicht schon vorwegnimmt. Nämlich die, warum für illegale Einwanderung Geld vorhanden ist, während das lokale Schwimmbad, der kleine Friseur und die Stammkneipe aber im Zuge der Pandemiezeression schließen mussten. ■





Euro 7 und Co.: So soll die Mobilität ausgehebelt werden

In der DDR, so berichten es maßgebliche Zeitzeugen, gab es unterschiedliche Auffassungen über die individuelle Mobilität: Ein Teil der Führung wünschte bequeme und attraktive Autos, während anderen die Fahrzeuge gar nicht unattraktiv genug sein konnten. Denn die Menschen sollten ja ohnehin in den kollektiven Massentransport gezwungen werden. Eine Argumentation für den Armutskommunismus, die damals nicht unwidersprochen blieb.

Heute ist die individuelle Mobilität ein Recht für alle. Das Fahrzeugangebot ist fast unüberschaubar, es ist für jeden Geschmack etwas dabei. Schon für weniger als 10.000 Euro gibt es Neuwagen, die nicht nur schnell und sicher sind, sondern den Menschen gewaltige Freiheiten eröffnen. Zur Schule, zum Großeinkauf, zu Freunden – und manchmal auch auf die große Reise: Wenn man will, ist man noch am gleichen Tag an der Nordsee, am Atlantik oder am Mittelmeer. Wir kennen es aus den Zeiten vor der Pandemie: ohne offizielle Genehmigung, ohne Kontrolle und spontan.

Der Staat hat hier nichts mitzureden: Im Auto sitzt man alleine oder mit Mitfahrern, die man sich selbst ausgesucht hat. Sender oder Podcast werden selbst gewählt. Und das Auto dient als Schutzraum – ob nun vor einer Pandemie oder vor den unsicher gewordenen Massenverkehrsmitteln. Wer auf dem Land wohnt, gar in einem der verteufelten Einfamilienhäuser, kommt am Auto schon gar nicht vorbei. Denn so oft können die Busse gar nicht fahren, um Jung und Alt günstig und verzögerungsfrei genau dorthin zu befördern, wo sie eben gerade zu tun haben.

Linken Ideologen ist das alles ein gewaltiger Dorn im Auge. Längst ist ausgemacht: Das Auto, wie es der Bürger kennt und sich leisten kann, muss weg. Und dazu dient ein Dreiklang von dirigistischen Maßnahmen, naiveren Beobachtern als „Megatrend“ verkauft: „Shared Mobility“, autonomes Fahren und Elektrifizierung. Es ist Zeit, darüber Klartext zu reden:

„Shared Mobility“ bedeutet nichts anderes als die Abschaffung des Privat-

Nur der klassische Antrieb ermöglicht die individuelle Mobilität für jeden, der sie möchte – sauber, sicher und günstig.

eigentums am Auto. Wer partout noch Auto fahren muss, soll sich gefälligst eine Zeiteinheit buchen und mit einem Vehikel vorliebnehmen, das irgendein anderer an einer Sammelstelle abgestellt hat.

„Autonomes Fahren“ bedeutet, dass dem Fahrer das Lenkrad aus der Hand genommen wird: Das Auto zuckelt zentral gesteuert ans Ziel (sofern konform), während die Insassen sich arbeitend oder konsumierend mit ihren mobilen Datengeräten beschäftigen sollen.

Der dritte Baustein ist die „Elektrifizierung“. Sie will Autos erzwingen, die nichts mehr so gut können wie der klassische Verbrenner. Sie sind viel teurer, für viele Bürger schwierig nachzuladen und verfügen über einen geringen Aktionsradius. Inzwischen sickert in der Bevölkerung durch, welche gravierende Nachteile Elektroautos mit sich bringen – und auch das grüne Mäntelchen wird zunehmend löchrig. Denn bei der Herstellung und Entsorgung der Akkus fallen enorme Emissionen an, die Rohstoffe werden unter verheerenden Bedingungen gewonnen – und der benötigte Strom stammt zu einem erheblichen Teil aus fossilen Kraftwerken.

Jetzt ist eine gar nicht so neue Technologie in die Debatte eingeführt worden, nämlich synthetisch erzeugte Kraftstoffe. Mit ihnen verringert sich der CO₂-Ausstoß auf null – und zwar nicht nur bei Neufahrzeugen, sondern bei jedem Auto aus der Bestandsflotte, das mit ihnen betankt wird. Ausgerechnet

Deutschland blockiert in der EU die Anrechnung synthetischer Kraftstoffe auf die CO₂-Emissionen – und das, obwohl doch angeblich gravierende Auswirkungen auf die Umwelt drohen, wenn der Ausstoß des „Klimagases“ nicht umgehend reduziert wird.

Die angebliche CO₂-Neutralität von Elektroautos ist eine blanke Lüge, die sich nicht mehr unter den Tisch kehren lässt. Wohl deshalb setzen die Autogegner einen zweiten Hebel an, um den Verbrennungsmotor abzuwürgen: Den Stickoxidausstoß, im Rahmen des „VW-Skandals“ maßlos dramatisiert. Dabei sind die entsprechenden Emissionen, darauf haben Lungenärzte vielfach hingewiesen, für die menschliche Gesundheit völlig vernachlässigenswert.

Das hindert die EU-Bürokratie natürlich nicht daran, an drastischen Verschärfungen zu basteln. Dabei geht es schon lange nicht mehr um Flottenemissionen. Sondern es soll ausnahmslos jedes einzelne Fahrzeug noch nach vielen Jahren und unter allen Bedingungen die mikroskopisch niedrigen Abgaswerte erfüllen. Um das nachzuprüfen, soll jedes Auto zwangsweise mit entsprechender Software ausgerüstet werden. Es reicht also, wenn irgendwann ein einzelnes, womöglich schlecht gewartetes Auto beim Kaltstart am Berg und mit Anhänger den Grenzwert nicht erfüllt, wenn der Fahrer das Gaspedal aufs Bodenblech durchtritt – und schon werden gewaltige Strafzahlungen fällig. Absurder geht es nicht.

Noch ist die Ausgestaltung der EU-7-Norm nicht im Detail geregelt. Aber wenn sich die Scharfmacher durchsetzen, dann ist der Verbrennungsmotor nicht mehr zu halten, obwohl die Grenzwerte in der Gesamtflotte – dort, wo es für die Umwelt Sinn ergibt – problemlos erreicht werden können. Es spielt für die EU-Bürokraten übrigens keine Rolle, dass auch der Betrieb von Elektroautos Stickoxide erzeugt, nämlich an den Kraftwerken und in einem Ausmaß, das es faktisch verbietet, noch von einem Vorteil gegenüber Verbrennern zu sprechen.

Noch glauben viele Bürger, das Ende des Verbrennungsmotors sei nicht nur technisch leicht zu bewerkstelligen, sondern er bringe der Umwelt auch positive Effekte. Beides ist falsch. Nur der klassische Antrieb ermöglicht die individuelle Mobilität für jeden, der sie möchte – sauber, sicher und günstig. Und deshalb wird er mit allen Mitteln bekämpft. Wenn heute von „Verkehrswende“, Euro 7 und Elektrifizierung geredet wird, sollte man wissen: Mehr als 30 Jahre nach dem Ende der DDR führen die Autohasser mit solchen Schlagworten ihre alte Schlacht. ■



Verschwörung, Theorie oder Praxis? Der „Green Deal“ im Kontext des „Great Reset“



Anders als in der internationalen Öffentlichkeit wird „The Great Reset“ als solcher in der deutschen Öffentlichkeit kaum behandelt. Und wenn doch, dann wird der Begriff schnell mit dem Etikett einer „Verschwörungstheorie“ versehen, somit tabuisiert und einer ernsthaften Debatte entzogen.

Die Inhalte des Great Reset sind jedoch sehr wohl präsent und keineswegs neu, denn seit einigen Jahren spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel selbst von der Notwendigkeit einer „großen Transformation“. Diese Begrifflichkeit wurde durch den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) im Jahr 2011 mit der Veröffentlichung eines „Gesellschaftsvertrag[s] für eine große Transformation“ reaktiviert, denn er stammte ursprünglich aus den 1940er-Jahren und wurde von Sozialisten zuerst genutzt.

Was vor zehn Jahren noch weit weg schien, ist durch die Corona- bzw. Lockdown-Krise als Katalysator eine reale Perspektive einer „neuen Normalität“, die nicht nur Deutschland und Europa, sondern die ganze Welt radikal verändern und alles andere als normal sein wird.

Merkel sagte beim 50. World Economic Forum (WEF) am 23. Januar 2020 in Davos:

„... Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß. Diese Transformation bedeutet im Grunde, die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns im Industriezeitalter angewöhnt haben, in den nächsten 30 Jahren zu verlassen (...) und zu völlig neuen Wertschöpfungsformen zu kommen.“

Diese „Revolution von oben“ wurde nicht zufällig auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ausgerufen, denn der Gründer des jährlich stattfindenden Milliardärs-, Manager- und Politiker-Treffens, Klaus Schwab, hat sich mit seinem Buch „COVID-19: The Great Reset“, zu Deutsch „COVID-19: Der Große Umbruch“, an die Spitze der Propagandisten gesetzt.

Blickt man hinter die Kulissen wird eine erstaunliche Konvergenz vermeintlich unterschiedlicher Interessen sichtbar. Die Liste der Partnerunternehmen des WEF ist nicht nur sehr umfangreich, sondern sie enthält praktisch das gesamte Who's who der

Weltwirtschaft und die großen Industrie- und Finanzunternehmen. Auf der anderen Seite steht die „organisierte Zivilgesellschaft“, also vor allem links-grüne Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), die seit Jahren eine anti-kapitalistische Systemveränderung herbeiführen wollen.

Die Auftritte Greta Thunbergs auf dem WEF waren also keineswegs nur ein Feigenblatt, sondern sind Ausdruck eines erstaunlichen Schulterchlusses. Auf eine plakative Formel gebracht, scheinen Ökologen und Großkapital, ihren Frieden gemacht zu haben und nun gemeinsam die Welt retten zu wollen. Auf den ersten Blick scheint auch das positiv, denn wie kann es negativ sein, wenn die Kapitalisten von ihrem Profitstreben ablassen und sich dem Wohl des Planeten widmen? Wenn es nur so wäre ...

Die eigentliche Brisanz dieses Komplexes erwächst jedoch aus der Tatsache, dass parallel zu den langfristigen politisch-propagandistischen Weichenstellungen bereits ganz konkrete Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene im Gang sind.

EU-Taxonomie – Öko-Sozialismus durch die Hintertür?

Spätestens seit Amtsantritt Ursula von der Leyens als EU-Kommissionspräsidentin soll der „Green Deal“ zum Markenzeichen ihrer (ersten) Regentschaft werden. Auch das klingt zunächst nach politischem Marketing mit bestenfalls fraglicher Substanz. Diese Wahrnehmung ist jedoch eine gefährliche Verharmlosung, denn bereits seit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 laufen konkrete Vorbereitungen zur Einführung einer sogenannten „EU-Taxonomie“ über ein Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene.

Im März 2018 wurde es mit der Veröffentlichung eines Aktionsplans

„Nachhaltiges Finanzwesen“ durch die EU-Kommission ernst. Vorausgegangen war eine hochrangige Experten-Arbeitsgruppe (im EU-Jargon Technical Expert Group – TEG), die am 31. Januar 2018 ihren Abschlussbericht und Empfehlungen geliefert hatte. Am 15. April 2020 wurde der darauf aufbauende und weiterentwickelte Entwurf der EU-Kommission durch den Rat der EU angenommen, am 18. Juni 2020 durch das EU-Parlament ratifiziert und ist seit 12. Juli 2020 gültig.

DIE ZIELE DER EU-TAXONOMIE LAUTEN WIE FOLGT:

- **Klimaschutz,**
- **Anpassung an den Klimawandel,**
- nachhaltige Nutzung und **Schutz von Wasser- und Meeresressourcen,**
- Übergang zu einer **Kreislaufwirtschaft,**
- Vermeidung und **Verminderung der Umweltverschmutzung,**
- Schutz und **Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme.**

Natürlich steht der sogenannte „Klimaschutz“ an erster Stelle, aber auch die weiteren, stärker auf Naturschutz ausgerichteten Ziele sind heutzutage allgemein anschlussfähig und werden daher auch weit jenseits des harten Kerns der „Klima-Apostel“ Zustimmung finden. Das verleiht dem Ganzen einen sehr positiven Anstrich und damit werden sich viele Bürger zufriedengeben – leider.

Während diese Ziele aber schon vielfach formuliert wurden, ist die Pointe der Taxonomie die Umsetzung selbst. Es wird nämlich nicht der übliche Weg eingeschlagen und den Bürgern und Unternehmen ein kleinteiliger Vorschriftenkatalog verordnet, sondern ein umfassender Ordnungsrahmen geschaffen, der Unternehmen zunächst lockt, später nötigt und langfristig zwingt, sich den Maßgaben der bürokratisch definierten „Nachhaltigkeit“ zu unterwerfen, wenn sie in den Ländern der EU noch eine Zukunft haben wollen. Perspektivisch werden alle Wirtschaftsaktivitäten in ein Klassifikationsschema eingeordnet und vergleichbar einer Bonus-Malus-Regelung bewertet. Auch wenn die Maßnahmen zurzeit unter dem Banner der Nach-

haltigkeit eingeführt werden, ist das entstehende System per se „agnostisch“ und ließe sich auch in jede andere Richtung entwickeln, beispielsweise in Richtung einer Bonifikation von mehr „Vielfalt“, Minderheitenbevorzugung oder sozialer Ziele in den Unternehmen.

Dem Staat wird so das ultimative Instrumentarium zur planwirtschaftlichen Wirtschaftslenkung in die Hand gegeben, sodass dieser in die Entscheidungsautonomie der Bürger und Unternehmen eingreifen kann und dies auch ganz sicher wird. Die daraus erwachsenden Risiken erfordern eine intensivere Untersuchung der geplanten Mechanismen und ihrer erwartbaren Auswirkungen.

DIE REGULIERUNG DER EU-TAXONOMIE UMFASST FOLGENDE MASSNAHMEN:

- ein einheitliches **Klassifikationssystem** für nachhaltige Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten – die Taxonomie,
- die Schaffung eines **EU-Kennzeichens für „grüne Finanzprodukte“,**
- eine Verpflichtung von Vermögensverwaltern und institutionellen Anlegern, das Kriterium der **Nachhaltigkeit bei den Investitionsabläufen** zu berücksichtigen,
- die Auflage für **Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen,** ihre Kunden entsprechend ihren **Nachhaltigkeitspräferenzen** zu beraten,
- Einbeziehung der Nachhaltigkeit in die **Aufsichtsvorschriften von Banken und Versicherungsunternehmen,**
- **Größere Transparenz der Unternehmensbilanzen und Berichtspflichten** für nicht-finanzielle Informationen, analog der CSR-Richtlinie (Corporate Social Responsibility).

Insbesondere der letztgenannte Aspekt weist darauf hin, dass praktisch alle Großunternehmen dieser Berichtspflicht unterworfen werden, denn bei der CSR-Richtlinie sind nicht nur alle kapitalmarktorientierten Unternehmen, Kreditinstitute und Versicherungen betroffen, sondern auch Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern, mehr als 40 Mio. Euro Jahresumsatz oder mehr als 20 Mio. Euro Bilanzsumme. Das bedeutet, dass auch

Mittelständler sehr schnell den Anforderungen der CSR- und Taxonomie-Richtlinie unterfallen werden.

Neben der unmittelbaren Berichtspflicht großer Unternehmen dürften gerade in Deutschland mit seiner stark mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur die Sekundär- bzw. Zweitrundeneffekte der Richtlinie entscheidend sein. Zum einen werden die berichtspflichtigen Unternehmen ihre Lieferanten und Dienstleister den gleichen Kriterien unterwerfen, denen sie selbst folgen müssen. Auch wenn die Lieferanten selbst keiner entsprechenden Berichtspflicht unterliegen, wird es über kurz oder lang zu einer Überlebensfrage, sich im Wettbewerb durch eigene Berichterstattung bzw. Zertifizierung in Sachen Nachhaltigkeit zunächst positiv zu differenzieren und langfristig überhaupt „einkaufbar“ zu machen. Dieser Effekt tritt langfristig sogar als „Drittrundeneffekt“ bei den Lieferanten und Dienstleistern von nicht-berichtspflichtigen Unternehmen auf und genau diese Anreizmechanik ist gewollt.

Der zweite wesentliche Mechanismus zur Durchsetzung der Taxonomie ist die Finanzierung der Unternehmen. Da Kreditinstitute und Versicherungen als typische Fremdkapitalgeber direkt der Taxonomie unterworfen sind, werden sie ihren Kreditnehmern perspektivisch ebenfalls Nachhaltigkeitskriterien auferlegen. Im ersten Schritt wird sich das vermutlich über die Kreditkonditionen auswirken, indem kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) unterhalb der Schwellenwerte für unmittelbare Taxonomie-Regulierung durch Zinsvergünstigungen zu höheren „Nachhaltigkeitsanteilen“ ihres Geschäfts „motiviert“ werden. Das geschieht bereits seit langem in Form vielfältiger Förderkredite für bestimmte Technologien oder die Erreichung von Einsparzielen. Da jedoch im Niedrigzinszeitalter die Zinsspreizung – und somit der Anreiz – relativ gering ist, wird es sehr schnell nicht um den Preis des Kredits gehen, sondern um die Verfügbarkeit des Kredits überhaupt. „Bist du nicht nachhaltig genug, bekommst du keinen Kredit!“

Durch die explizite Einbeziehung von Vermögensverwaltern und institutionellen Anlegern wird jeder Anleger, der mittels Lebensversicherungen oder Fonds Altersvorsorge betreibt, ebenfalls Teil dieses Systems, da auch sein Anlagekapital nach diesen Kriterien angelegt werden muss. Nur Privatanleger, die selbst und direkt in Aktien und Anleihen investieren, können sich den Vorgaben entziehen und bilden das „unabhängige Kapital“. Da der gesamte Regulierungsrahmen darauf abzielt, die „Guten“ zu fördern und die „Schlechten“ zu benachteiligen, werden mehr Nachhaltigkeit – oder besser gesagt das Anschmiegen an die Taxonomie und möglichst umfassendes Umsetzen der Regeln – zu höherem wirtschaftlichen Erfolg führen und dadurch auch das unabhängige Kapital anziehen. So wird auch die Eigenkapitalversorgung der Unternehmen „begrünt“.

Dieser perfide Anreizmechanismus dürfte eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit haben und bleibt dennoch ein Frontalangriff auf die soziale Marktwirtschaft und unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung!

Ganze Branchen und Wirtschaftszweige, werden es schwerer haben, ihre Produkte und Dienstleistungen zu vermarkten, und gleichzeitig höhere Finanzierungskosten tragen müssen. Sofern sie leicht mit „grünen Alternativen“ substituierbar sind, werden sie untergehen und das ist genau das Ziel des Ganzen. Sind sie nicht substituierbar, werden die Unternehmen ihre höheren Kosten an die Kunden weitergegeben und diese somit ebenfalls für die Nachhaltigkeitsregulierung zur Kasse gebeten.

Klar ist auch, dass größere Unternehmen es sehr viel leichter haben werden, die regulatorischen Anforderungen zu erfüllen – eine klare Wettbewerbsverzerrung zugunsten der „Großen“.

Weiterhin sind der totale Umbau und die Dekarbonisierung der Wirtschaft mit gewaltigen Investitionen verbunden. Das heißt, es gibt viel Geld zu verdienen, und das erklärt vielleicht am besten den überraschenden Schulterchluss mit grünen NGOs und die Bereitschaft von Finanzwirtschaft und



Industrie, sich als willige Vollstrecker der großen Transformation anzudienen. Aus unternehmerischer Sicht ist das gar nicht zu beanstanden und – im Gegenteil – es zeugt von unternehmerischer Weitsicht, solche Megatrends zu erkennen und das Unternehmen daran anzupassen.

Volkswirtschaftlich und für das wirtschaftliche Wohlergehen der Bürger sind jedoch eher Wohlstandsverluste und weitere Billionendesaster vom Kaliber der Energiewende und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu erwarten.

FAZIT: „Great Reset“ und EU-Taxonomie sind zwei Seiten einer Medaille. Während der „Great Reset“ von deutschen Medien weitgehend unbeachtet – oder besser unberichtet – bleibt, ist die EU-Taxonomie das wichtigste Instrument der Umsetzung und bereits in vollem Gang. Wer die Finanz- und Wirtschaftsteile überregionaler Tageszeitungen verfolgt, konnte in den letzten Monaten schon viel drüber lesen, unter anderem dass die EZB es gar nicht erwarten kann, grüne Anleihen zu kaufen. Was das ist, sagt ihr bald die EU-Taxonomie.

Die EU kann man in vielerlei Hinsicht als ein Testlabor für die „One-World“-Ideologie betrachten, denn nirgends auf der Welt haben so viele Nationalstaaten einen so großen Souveränitätstransfer vollzogen, die Gewaltenteilung dermaßen ausgehöhlt und die Stimmen ihrer Bürger, also des Souveräns, derart entwertet. Sollte die EU lange genug existieren, um die EU-Taxonomie umfänglich wirksam werden zu lassen, ist dies die Blaupause für weitere Wirtschafts(t)räume.

Die herbeigeredete „Klimakrise“ war offensichtlich noch nicht krisenhaft genug, um den „Great Reset“ herbeizuführen. Getreu der Devise „Lasse keine Krise ungenutzt“, soll nun die Corona-Krise als politisches Trittbrett dienen und Hunderte „Next Generation EU“-Milliarden werden ihre korrumpierende Wirkung auf die nationalen Politiker nicht verfehlen. Der Versuch, die derzeit auf Freiheit basierende Wirtschafts- und Rechtsordnung unter Zuhilfenahme der Formel der Alternativlosigkeit aufzulösen, droht zu gelingen. Es geht darum, die Rechte der Bürger einzuschränken und um nicht weniger als die Installation einer globalen Oligarchie, die der Rechenschaftspflicht bürgernaher Parlamente entzogen ist. In Verbindung mit der offenen Bewunderung und Befürwortung des chinesischen „Social Credit Systems“ muss man sich auf maximal dystopische Szenarien gefasst machen.

Great Reset, Green Deal und EU-Taxonomie sind somit Aspekte eines übergeordneten Kampfes um Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums gegenüber einer zunehmenden Bevormundung und Gängelung durch staatliche Bürokratie und selbsternannte Tugendwächter auf der Jagd nach „Gedankenverbrechern“.

**Auch grüner Sozialismus ist Sozialismus.
Wir wählen die Freiheit!**



Autor:
Andreas Lichert

Wir brauchen diese Pipeline!

Fröhlich: Heute geht es um Nord Stream 2: Scheitert die Pipeline oder wird sie doch noch gebaut? Darüber spreche ich mit Dr. Maximilian Krah, stellvertretender Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament und ihr handelspolitischer Sprecher.

Herr Krah, in der EU-Plenarwoche im Januar hat sich die Mehrheit des EU-Parlaments gegen Nord Stream 2 ausgesprochen. Sie und Ihre Partei, die AfD, stimmten dafür. Warum?

KRAH: Ja gut wir sehen uns ja generell als die Minderheit der Vernunft in diesem Haus und auch an Nord Stream 2 sieht man, warum es ganz gut ist, dass das hiesige Parlament nicht allzu viel zu sagen hat. Das Parlament ist sicherlich von den europäischen Institutionen nochmal das noch linkeste von allen, linker als der Bundestag sowieso, aber die Mehrheit hier will eben keine rationale Politik machen, sondern europäische. Und unter europäisch versteht man dann so eine Art Anhängselpolitik an die Vereinigten Staaten von Amerika. Wir hingegen vertreten deutsche Interessen zuerst und dann vertreten wir europäische Interessen,

die wir aber als eigenständige europäische Interessen verstehen, also als die Interessen der europäischen Völker. Wenn man so an Nord Stream 2 herangeht, dann muss man sagen, wir brauchen unbedingt diese Pipeline aus zwei Gründen. Erstens, um unsere Energieversorgung sicherzustellen und zweitens, weltpolitisch, um eine gewisse Möglichkeit zu haben, auch mal eine eigenständige Politik zu machen die nicht aus Washington vorgegeben wird.

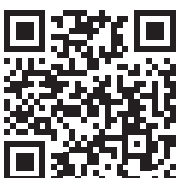
Fröhlich: Interessant ist ja auch, dass hier im EU-Parlament CDU/CSU, weite Teile der SPD, die Grünen und die FDP gegen Nord Stream 2 gestimmt haben, aber in Berlin die Regierungsparteien sich nach wie vor zu Nord Stream 2 bekennen! Welches Spiel wird hier gespielt?

KRAH: Das haben wir sehr häufig. Man muss natürlich sagen, die Grünen sind immerhin konsequent in beiden Hauptstädten immer antideutsch, bei der CDU/CSU ist das so, die spielen immer das Lied, das gerade bestellt wird. Bekanntermaßen werde ich an Frau

Merkel wenig Gutes finden, aber in Frage der Handelsbeziehungen macht sie eine, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Realpolitik und insofern sind natürlich die Abgeordneten in Berlin pro Nord Stream 2. Aber hier, wenn man hier CDU-Mitglieder hört, denkt man, das sind die Grünen. Da wird also immer von der europäischen Republik geträumt, Deutschland spielt gar keine Rolle mehr und die Sozialdemokraten ohnehin, die sind hier nochmal weiter nach links gerückt. Insofern darf das nicht verwundern, dass das Abstimmungsverhalten der etablierten Parteien hier so ist. Bei den Regierungsparteien ist das so, wer nach Brüssel kommt, der kriegt offenbar einmal ein Reboot seiner Festplatte und ist dann komplett auf dem Trip, dass er den europäischen Superstaat möchte und nicht mehr deutsche Politik macht.

Fröhlich: Die Gegner von Nord Stream 2 argumentieren ja häufig damit, dass man das Projekt stoppen müsse, weil Russland nicht den rechtsstaatlichen Standards des Westens genügen würde. Ist das für sie ein valides Argument?

Das Video zu diesem Thema finden Sie hier:



CDU-Abgeordnete in Berlin sind natürlich pro Nord Stream 2. Aber hier in Brüssel, wenn man hier CDU-Mitglieder hört, denkt man das sind die Grünen.

Dr. Maximilian Krah



KRAH: Ich halte das Argument in jeder Hinsicht für Unsinn. Fangen wir mal mit dem Schwerpunkt an: Warum glauben wir, dass unsere Maßstäbe an Rechtsstaatlichkeit für die ganze Welt gelten? Der westliche Wertemperialismus, der auf Immanuel Kant zurückgeht, hat versucht, eine Universalethik aus der Vernunft heraus zu entwickeln, die mit allen Traditionen bricht. Das hat im Westen auch weitgehend funktioniert, aber erklären wir jetzt mal, warum ein Russe sich der verkopften traditionslosen Universalethik eines Kants anschließen soll, warum das ein Afrikaner machen soll, ein Inder oder ein Chinese? Diese Leute sagen, wir wollen einen Universalismus, wo wir Chinesen, Russen, Inder, Muslime bleiben können, ihr bleibt Europäer, Amerikaner, und auf der Basis des gegenseitigen Respekts voreinander machen wir Politik. Das ist mein Ansatz, soweit ich das überblicke, ist das der Ansatz des überwiegenden Teils meiner Partei, insofern lehne ich dieses Menschenrechtsargument schon mal grundsätzlich ab.

Fröhlich: Zumal das meist auch geheuchelt ist, weil man ja bei anderen Nationen, die eigentlich noch wesentlich eklatanter diesen westlichen Traditionen, diesen westlichen Werten widersprechen, ganz gerne Deals macht.

KRAH: Es gilt der alte Satz von Carl Schmitt: „Wer Menschheit sagt, der will betrügen!“ Wenn einer mit dem Menschenrechtsimperialismus um die Ecke kommt, dann wissen wir immer schon, es ist selektiv und er fischt aus trüben Quellen, und das sehen wir jetzt ganz aktuell in Russland. Da heißt es, es habe eine Verurteilung von Herrn Nawalny zu dreieinhalb Jahren Arbeitslager gegeben und das sei so mit dem Rechtsstaat nicht vereinbar. Zunächst einmal, die Verurteilung gab es 2014 wegen Betrugs. Herr Nawalny hatte einen französischen Kosmetikkonzern um eine Million erleichtert, und den erbeuteten Geldbetrag nicht mal versteuert, sondern in eine zypriotische Offshore-Gesellschaft verschoben. Dafür landet man auch in Deutschland für ein paar Jahre im Bau, aber die Russen hatten derweil eine Bewährung gegeben und die mit Bewährungsfragen Vertrauten unter unseren Zuschauern wissen, da muss man sich dann regelmäßig bei der Polizeiwache melden muss. Das hat Herr Nawalny bereits vor seinem Krankenhausaufenthalt in Berlin nicht getan und nachdem er aus dem Krankenhaus entlassen war, hat er zwar die Zeit gefunden, hier in dieses Haus zu fahren, um in verschiedenen Ausschüssen gegen Nord Stream 2 Stellung zu beziehen, aber er hat es nicht geschafft das russische Konsulat in Berlin anzurufen

und sich zu melden. Damit ist jetzt seine Bewährung widerrufen worden. Rechtsstaat heißt, dass man Gerichtsurteile ernst nimmt. Ich weiß jetzt nicht, wie das Gerichtsurteil in Russland zustande gekommen ist. Es ist auf alle Fälle gültig, es ist entgegen anderslautenden Meldungen nicht vom europäischen Gerichtshof für Menschenrechte aufgehoben worden, und Herr Nawalny hat die Bewährungsaufgaben verletzt. Rechtsstaat heißt, es hat Konsequenzen. Wir können ja den Russen vorwerfen, dass sie ihre eigenen Gerichte ernst nehmen. Das heißt, es ist wieder wie üblich, es ist selektiv, weil uns die Russen nicht passen, weil sie eben als Konkurrenz wahrgenommen werden. Es ist verlogen, weil man sich nicht die Mühe macht, die russischen Argumente zu prüfen. Und letztlich ist es eine völlig unzulässige Verkettung zwischen einem Individualschicksal, über das man gern reden kann, und der Frage der Energieversorgung Deutschlands, nachdem wir Kohle und Atomstrom abgeschafft haben.

Fröhlich: Selbst Regierungssprecher Steffen Seibert hat gesagt, man darf hier Interessenpolitik und Energiepolitik nicht mit dieser Menschenrechtsideologie vermengen. Gut er hat es jetzt nicht so gesagt wie ich jetzt gesagt habe, aber sinngemäß ging es in diese Richtung.

KRAH: Das ist wie gesagt das Erstaunliche, dass in Handelsfragen bei Frau Merkel doch so etwas wie eine gewisse Vernunft vorhanden ist. Das heißt jetzt nicht, dass ich in irgendeiner Form aufhören werde, Frau Merkel zu kritisieren. Aber es macht unsere Kritik natürlich auch glaubwürdiger, wenn wir differenzieren und wenn wir klar sagen, was an ihr verheerend ist, wie nahezu alles, aber wenn wir durchaus auch mal sagen, okay, in dem Punkt handelt sie, wie man es eigentlich von einem deutschen Kanzler, der deutschen Kanzlerin, erwarten kann.

Fröhlich: *Wer hat denn alles ein Interesse daran, Nord Stream 2 zu verhindern? Man hat ja vernommen, dass die USA hier massiv intervenieren, etwa indem sie Unternehmen, die an diesem Projekt beteiligt sind, sanktionieren, wie das Verlegeschiff Fortuna. Sind solche Interventionen überhaupt in irgendeiner Weise gerechtfertigt?*

KRAH: Sie sind ganz klar völkerrechtswidrig! Deutschland tritt immer auf als Lehrmeister des Völkerrechts, komischerweise wird das dann immer nur eingesetzt, wenn das gegen Russland ging, oder gegen Syrien usw., aber gegen die USA besteht man nicht auf Einhaltung des Völkerrechts. Natürlich, wenn ein souveränes Land wie Deutschland, eine Genehmigung für ein Privatunternehmen erteilt, mit einem russischen Unternehmen etwas zu verlegen, ist es völlig egal, und dann geht das die Amerikaner nichts an, sie haben sich rauszuhalten, und es ist beschämend, dass die Bundesregierung hier nicht den amerikanischen Botschafter einbestellt und ihnen das klar macht. Wir als AfD machen etwas. Ich habe jedes Mal, wenn wir Telefon- oder Videokonferenzen mit dem US-Botschafter hatten – wir hatten zwei in den letzten Jahren – den jeweiligen Botschafter angesprochen und gefragt, was das soll. Der eine hat versucht, sich herauszureden, dass es aus innenpolitischem Druck geschehen sei und ihnen klar sei, dass es völkerrechtswidrig ist. Und der zweite hat gesagt, gehen sie davon aus, meine Regierung wird alles tun, um dieses Projekt zu stoppen. Und auch hier für die Zuschauer und Leser vielleicht interes-

sant: Der anwesende Grüne, Reinhard Bütikofer, hat jedes Mal wie ein Streberschüler – ich weiß was, Herr Lehrer, ich weiß was, Herr Lehrer – sich beim Botschafter eingeschleimt und erzählt, wie toll er gegen Nord Stream 2 kämpft.

Fröhlich: *Umso interessanter ist ja, dass die Grünen ebenso stark gegen Nord Stream 2 mobilisieren. Die Alternative wäre durch Fracking gewonnenes amerikanisches Flüssiggas, das ja eigentlich ökologisch viel bedenklicher ist.*

KRAH: Zunächst einmal sollte man sich von der Vorstellung trennen, dass es den Grünen tatsächlich um eine bessere Welt geht. Da mag sicherlich an der grünen Basis die Idee vorherrschen, der Strom komme aus der Steckdose und das Stromnetz ist der Speicher, wo kleine Kobolde dann den tagsüber den von Windmühlen erzeugten Strom über Nacht speichern. Aber man kann davon ausgehen, dass zumindest die tonangebenden Grünen – und da gehört Herr Bütikofer dazu – etwas schlauer sind. Diese Leute machen eine ganz knallharte Interessenpolitik für große weltweite Konzerne, für ihre wohlhabende Klientel, und es gibt keine Partei, die so unsolidarisch ist wie die Grünen, das hat Sahra Wagenknecht gut auf den Punkt gebracht. Die Grünen verkaufen uns mittlerweile eine Politik als solidarisch, wo wir zwar den Diesel für das Gebrauchtauto der alleinerziehenden Verkäuferin verteuern, aber gleichzeitig den Tesla für den Vorstandsvorsitzenden subventionieren. Das ist grüne Politik. Das ist nicht nur absolut falsch, es ist unanständig.

Fröhlich: *Man hat ja wirklich das Gefühl, dass ökologische Ziele gar nicht bestimmend wären für das grüne Handeln, sondern, dass die Grünen da mittlerweile stark in eine transatlantische, globalistische Richtung fahren.*

KRAH: Schauen wir uns doch mal an, was zurzeit an Gesellschaftszerstörung auf uns eindrischt. Black Lives Matter, Fridays for Future, Gendertheorie, 67 Geschlechter, die Zensur unserer sozialen Netzwerke, Youtube-

Kanäle gesperrt, Twitter-Accounts massiv gesperrt, Facebook gesperrt, das kommt alles aus einer sehr linken Ideologie, die mittlerweile in den USA Mainstream geworden ist. Und dass die Grünen, die ja das alles wollen, sich deshalb jetzt an die USA anhängen, kann ich gut nachvollziehen. Aber wir müssen uns auch mal die umgekehrte Frage stellen: Wieso begreifen so wenige Konservative in Europa, dass, wenn sie sich immer noch so an die USA anhängen, sie eigentlich das Geschäft ihrer Gegner machen? Die Grünen handeln rational, aber diejenigen, die meinen, sie seien konservativ und Transatlantiker in einem, mit denen muss man wahrscheinlich nochmal eine Bildungsreise machen.

Fröhlich: *Gesellschaftspolitik lässt sich also nicht von Geopolitik trennen?*

KRAH: Das ist der große Punkt. Alle Politik, die wir machen können im nationalen Rahmen, aber auch hier in Brüssel, findet statt in einem Fenster, das uns gegeben ist durch die äußeren Umstände. Dieses Fenster verschiebt sich immer weiter nach links, das heißt eine AfD-Regierung mit unserem AfD-Programm würde schon daran scheitern, weil es massive ausländische Interventionen geben würde. Wir müssen also außenpolitisch dafür sorgen, dass sich das Fenster wieder in unsere Richtung verschiebt, damit unser innenpolitisches Programm überhaupt möglich wird. Und in diesen Zusammenhang, da hoffe ich, dass wir mehr Leute sensibilisieren können, die irgendwann erkennen, dass nicht alles im Inland machbar ist, wenn wir vergessen, unsere außenpolitischen Beziehungen entsprechend anzupassen. Und ganz konkret, je stärker der US-Einfluss in Europa wird und in Deutschland, umso weniger sind konservative Reform und eine Heilung unserer Gesellschaft überhaupt möglich. Das haben die Grünen begriffen, also wollen sie diesen Einfluss stärken. Ich wünsche mir, dass diese Erkenntnis bei den Konservativen durchsickert, denn die sagen ja, den 1980er-Jahren bei Ronald Reagan war es genau andersherum. Stimmt ja auch, wir leben 2021 unter Präsident Biden.



Fröhlich: *Das heißt, man muss den Ausgleich mit Russland finden?*

KRAH: Genau deshalb, weil dieser Ausgleich mit Russland auch die Chancen der Konservativen in Europa stärkt, sind die Grünen dagegen, dass wir uns dieses Erdgas kaufen und nehmen lieber schmutziges Fracking-Gas aus den USA, anstatt sauberes Pipelinegas aus Russland, weil sie genau wissen, wenn wir uns wieder ein bisschen an Russland annähern, wenn wir aufhören, letztlich einen neuen Kalten Krieg gegen Russland zu fahren. Wenn wir den Impfstoff aus Russland zulassen, wenn wir mit den Russen handeln, wenn wir russischen Kulturaustausch machen, dann nutzt das Leuten, die eine konservative Politik wollen. Wenn wir hingegen Russland tabuisieren und für böse erklären und uns rein an die USA anknüpfen, so wie sie jetzt sind, dann nützt das eben Claudia Roth und Reinhard Bütikofer.

Fröhlich: *Wobei die Konservativen in Polen oder im Baltikum das wiederum anders sehen dürften. Wir haben ja vernommen, dass Warschau beispielsweise massive Kritik übt und wieder einen deutsch-russischen Alleingang wittert.*

KRAH: Da gibt es halt rationale und irrationale Gründe. Es gibt ja, die Wählerinnen und Wähler aus der alten DDR wissen das, die alte Landtrasse, die durch Polen geht, durch die Ukraine – und die Polen, die Ukrainer nehmen dafür Transitgebühren. Das heißt wenn Nord Stream 2 nicht kommt, wir aber Gas kaufen müssen, weil wir Atom und Kohle abgeschafft haben, dann können

diese Länder die Hand aufhalten, und wenn der Rubel rollt dann rollt er, egal woher kommt. Also das ist so der Nachteil, sehr nachvollziehbar, und dann gibt es halt den irrationalen Teil, und das ist, dass eben gewisse Teile gerade der konservativen Polen auf Russland reagieren wie Dracula auf Knoblauch. Nehmen wir das zur Kenntnis, das muss sich auswachsen.

Fröhlich: *Herr Krah, welchen Preis wird die Zustimmung von Emmanuel Macron, der sich ja lange Zeit gegen Nord Stream 2 ausgesprochen hat, und jetzt dafür ist, haben?*

KRAH: Die EU besteht nur deshalb, weil Deutschland zahlt, und wenn er in einem Projekt, das für Deutschland wichtig ist, seine Meinung ändert, wird es sicher teuer. Aber ich bin tatsächlich der Meinung, ein Verzicht auf Nord Stream 2 wäre noch teurer als Macron gnädig zu stimmen. Vielleicht verdeutlicht das auch, in welchen Zwängen Deutschland ist. Allein, dass wir die Möglichkeit haben, unsere Energielieferanten auszuwählen, dafür müssen wir Frankreich Zugeständnisse machen, wir müssen für mehrere Milliarden Terminals bauen, um im Notfall amerikanisches Gas zu kaufen. Wir haben jetzt schon nicht die Chance, einfach zu sagen, wir wollen eine Gaspipeline und jeder will dafür, dass wir Milliarden verschenken. Deshalb noch einmal. Das was wir im Inland machen, hängt ganz stark von dem Fenster ab, das außen gebaut ist, und dieses Fenster wird immer enger und die Grünen verschieben es immer mehr in eine Gegend in eine Richtung,

die dafür sorgt, dass wir bald im Inneren auch keine Gestaltungsspielräume mehr haben werden. Wir verlieren die Möglichkeit, unser Gemeinwesen selbst zu organisieren, wir werden mehr und mehr eine Kolonie dieses multikulturellen, linksliberalen und unaufgeklärten Imperiums auf der anderen Seite des Atlantiks, und das sehe ich mit großer Sorge.

Fröhlich: *Die Bürger scheinen da klüger zu sein, die Mehrheit der Deutschen will ja nach wie vor Nord Stream 2.*

KRAH: Russland ist Gott sei Dank ein emotionales Thema. Das Bild, das die Menschen von Russland haben, ist positiv, und ich glaube, wenn man in Dresden, wo ich zu Hause bin, eine Umfrage machen würde, hätte Russland ganz tolle Sympathiewerte. Aber wir haben halt in Deutschland mittlerweile auch mehr Lehrstühle für Gendertheorie als für Slawistik, und ich glaube, es wäre sicherlich besser, die deutsche akademische Jugend würde mehr slawische Sprachen lernen als die Frage zu stellen, ob es nun 50 oder 63 Geschlechter gibt. Es gibt nur zwei, das kann man eigentlich im Kindergarten schon wissen, aber zu entdecken, dass die deutsche Kultur immer von West und Ost befruchtet wurde und dass das unseren Reiz ausmacht, das ist glaube ich eine wahre Bildungsaufgabe, und auch da sehe ich Russland als eine Option für die Zukunft.

Fröhlich: *Wir müssen leider ans Ende kommen. Eine letzte Prognose: Scheitert Nord Stream 2 oder wird Nord Stream 2 fertiggestellt?*

KRAH: Wenn ich das wüsste, würde ich wahrscheinlich eine Wette an der Börse abschließen. Die Gegner sind extrem stark, aber ich bin optimistisch, Optimismus ist Pflicht, und nachdem selbst jetzt Macron sich für was auch immer für einen Preis vom Gegenteil hat überzeugen lassen. Nord Stream 2 wird fertiggestellt, aber es wird noch viel Nerven und es wird den deutschen Steuerzahler viel Geld kosten. Es ist am Ende notwendiges Geld, um zumindest eine gewisse Restsouveränität zu bewahren. ■



Europas Zukunft im globalen Wettbewerb

Die Welt ist stetem Wandel unterworfen. Und genauso verhält es sich mit der geopolitischen Lage. War noch vor dreißig Jahren die ganze Welt in West und Ost aufgeteilt und in der Erstarrung des Kalten Kriegs einfacher zu überschauen, herrscht heute Chaos. Zumindest auf den ersten Blick.

Es braucht schon ein geschultes Auge, um Tagespolitik in große, weltumspannende geopolitische Zusammenhänge zu rücken. Dem Otto Normalverbraucher werden diese Einsichten durch die noch im alten Ost-West-Denken verharrende öffentlich-rechtliche Presse und größeren Systemmedien häufig zusätzlich verunmöglicht. Spätestens seit der Wiedervereinigung Deutschlands hat auch die bundesdeutsche Politik vor der gewaltigen Aufgabe, eine sinnvolle auswärtige Linie zu finden, kapituliert. Schon die Definition deutscher Interessen im Ausland fällt schwer. Die Annahme, eigene dürfe es aus historischen Gründen nicht mehr geben, lässt Bismarcks einst revolutionäre Idee von Außenpolitik als solche immer mehr versanden und lähmt den gesamten auswärtigen Apparat. Dieser dient unter Außenminister Maas heute allenfalls dem Export linksideologischer gesellschaftlicher Experimente in Regionen der Welt, die kulturell gegensätzlicher nicht sein könnten.

Dabei ist eine zielführende Außenpolitik auch in überschaubaren Zeiten

nicht nur möglich, sondern gerade dann nötig. Deutschland ist nach wie vor eine der führenden Exportnationen und hat ein überlebensnotwendiges Interesse an einer fundierten Interessensvertretung gegenüber dem Ausland. Zu den größten Pfründen der Deutschen zählen ihre Kreativität und Anpassungsfähigkeit. Das sind Werte, die gestärkt werden müssen, um in der Welt von heute zu bestehen und die Chancen der Welt von morgen für uns zu nutzen.

Einer der wichtigsten Player auf dem globalen Parkett sind immer noch die Vereinigten Staaten von Amerika. Unsere kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen reichen lange zurück und beweisen sich regelmäßig als belastbar. Dennoch sinkt der Stern der USA. Dass sie ihre weltweite Dominanz verloren haben, liegt dabei vor allem an den Amerikanern selbst. Ähnlich wie wir Deutschen leiden auch sie unter zunehmendem Identitätsverlust und haben große Schwierigkeiten, an ihre erfolgreiche und konsequente Außenpolitik der letzten Jahrzehnte anzuschließen. Aber auch innenpolitisch

leidet die amerikanische Bevölkerung unter ihrer inneren Zersplitterung, die sich an den letzten zwei Präsidentschaftswahlen 2016 und 2020 gewalttätig entladen hat und auch heute noch für Unruhen sorgt. Dazu kommen die sich zuspitzenden rassistischen Unruhen, die ihren Höhepunkt vorerst mit dem Tod des Afroamerikaners George Floyd gefunden haben. Die Umwälzungen in den USA und die damit einhergehenden Kraftverluste auf der internationalen Bühne werden von deutscher Seite aus nicht unbeachtet bleiben können. Nach wie vor wird Nordamerika zwar durch die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in US-dominierte Organisationen wie die NATO eine wichtige Rolle spielen. Doch ist es auch Teil einer auswärtigen Politik, im Sinne deutscher Interessen neue Wege zu prüfen und zu beschreiten.

In Südamerika könnte sich ein solcher neuer Weg auftun. Dort arbeiten 211 Millionen Brasilianer am Aufstieg der ehemaligen portugiesischen Kolonie zu einer Macht, die das Potenzial zur Veränderung der Welt hat. Historisch und kulturell verbindet Brasilien eine lebendige deutsche Minderheit mit der Bundesrepublik. Aber auch zahllose wirtschaftliche Beziehungen größter deutscher Unter-

nehmen bilden eine Grundlage für den Aufbau wichtiger strategischer Zusammenarbeit. Beide Seiten könnten voneinander in großem Umfang profitieren. Brasiliens Bodenschätze und einzigartige Flora und Fauna machen das Land zu einem äußerst attraktiven Handelspartner. Gleichzeitig verfügen die Südamerikaner über einen wachsenden Agrarsektor, für den sie händierend Absatzmärkte suchen. Deutschland und die EU insgesamt sollen diesen Platz einnehmen. Zusammen mit dem „Gemeinsamen Markt Südamerikas“ (Mercosur) verhandelt Brasilien seit Jahren mit der EU, um ein Freihandelsabkommen zu erreichen, welches gerade für die ohnehin unter Druck stehende deutsche Agrarwirtschaft schwerwiegende Folgen haben würde. Es liegt an uns, ob wir es langfristig schaffen, Brasilien als lukrativen Partner zu gewinnen.

Der deutsche Absatzmarkt ist jedoch nicht nur für das südamerikanische Land von großer Relevanz. Auch ein alter Bekannter sucht nach Abnehmern für seine Produkte: Russland. Der russische Bär im Osten ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gestärkt aus dem Chaos der Jahrtausendwende auferstanden. Die Weltmacht in unserer Nachbarschaft verfügt nicht nur über schier endlose landwirtschaftliche Nutzfläche. Gigantische Vorkommen von Energieträgern machen Deutschlands Energieversorgung für die Russen interessant. Mit einem Anteil von über vierzig Prozent stammen unsere Ölimporte nicht etwa von der arabischen Halbinsel, sondern aus der Russischen Föderation. Die Hälfte unseres importierten Erdgases stammt ebenfalls von dort und macht gleichzeitig auch einen wichtigen außenpolitischen Streitpunkt aus. Die deutsch-russischen Beziehungen werden seit Jahren stark durch eine russlandfeindliche EU-Politik belastet. Mit den nicht enden wollenden Russland-Sanktionen und der grundsätzlichen Ablehnung der Erdgaspipeline Nord Stream 2 sorgt die EU mittlerweile auch für innenpolitische Differenzen in Deutschland. An diesen Beispielen wird deutlich, dass eine positive Zusammenarbeit mit Russland teils in konträrem Verhältnis zur gemeinsa-

men EU-Außenpolitik steht. In Brüssel will man zum Beispiel Pufferstaaten wie die Ukraine in die Energieversorgung Europas einbinden und befürchtet schnell nationale Tendenzen, wenn Deutschland sein Erdgas ohne Umwege und fremde Teilhabe von der Energiemacht Russland bezieht. Sicherlich haben auch die USA ein Interesse daran, die deutsch-russischen Beziehungen nicht allzu herzlich werden zu lassen. So verhindern sie direkt und indirekt, dass deutsche Qualitätsprodukte einen unkomplizierten Weg nach Russland finden und üben sich stattdessen in der Rhetorik des Kalten Krieges. In der Ukraine rasseln amerikanische Schwerter nicht grundlos, sondern weil drei Erdgastrassen das Land auf dem Weg nach Europa durchqueren. Ohne dieses Spiel zu durchschauen, stößt die Bundesregierung in dasselbe Horn und setzt mehr oder weniger willkürlich auf Konflikt. Ein Konflikt, von dem weder Deutschland noch Russland profitiert.

Es gilt daher, das Auseinandertreiben unserer Länder als ein hundert Jahre altes zentrales Ziel der US-Außenpolitik zu begreifen und entsprechend zu behandeln. **Es gibt kein Interesse Russlands an einer fortgesetzten Feindschaft mit Deutschland und gleiches sollte auch umgekehrt gelten.** In dem Zusammenhang darf man daran erinnern, dass bei Fragen der strategischen Ausrichtung auswärtiger Politik in Moskau schon öfter ehrlichere Verhandlungsbereitschaft an

den Tag gelegt wurde als in Washington. Gemeinsam könnten sich unsere Länder in allen wesentlichen Bereichen nahezu perfekt ergänzen und zusammen weitaus vielversprechendere Wohlstandsperspektiven schaffen, als uns das in den letzten Jahrzehnten der strikten Westbindung gelungen ist.

Gemeinsamen Handel treiben, voneinander profitieren und sich flexibel auf Wandel einstellen – das versteht man schon von alters her auf der arabischen Halbinsel. Die sich rasend schnell verändernden politischen und geographischen Lagen in der Region haben die Kulturen dort genauso geprägt wie der plötzliche Reichtum durch die Ölförderung und des nicht zu sättigenden Dursts des Westens nach dem schwarzen Gold. **In Städten wie Abu Dhabi, Katar und im berühmten Dubai hat man sich allerdings schon längst auf die Zeit nach dem Öl vorbereitet.** Die globale Nachfrage nach alternativen Energiequellen steigt stetig, und die Zeichen der Zeit sind in Arabien nicht unbemerkt vorbeigezogen. Heute konzentriert man sich auf den Ausbau von Forschungszentren und nutzt die dynamische politische Lage geschickt zum eigenen Vorteil. Arabische Unternehmen haben den Quantensprung nach vorn gewagt und den Rückstand auf den Westen aufgeholt. Wir Deutschen sind an diesem Vorhaben natürlich nicht unbeteiligt gewesen. Seit dem Aufstieg der Halbinsel waren deutsche Unternehmen, Ingenieure und Architekten heiß begehrt und



fürstlich bezahlt. Die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern ist schon jetzt fruchtbar und auf respektvoller Augenhöhe. Deutsche Wertarbeit wird in Arabien weiterhin sehr geschätzt. So sichert beispielsweise ein arabischer Investor mit seinem Engagement für die Waffenschmiede Haenel in Suhl eine deutsche Traditionsfirma und schafft hier vor Ort Arbeitsplätze. Ängstlichkeit oder Vorurteile helfen niemanden.

Ähnliches gilt auch für den Umgang mit dem letzten globalen Spieler aus dieser Reihe. Der Volksrepublik China. Das bevölkerungsreichste Land der Welt hat in den letzten Jahrzehnten einen überwältigenden Aufstieg hinter sich gebracht. Wenn man sich dabei den Umgang des Auswärtigen Amtes mit dem Reich der Mitte ansieht, könnte man allerdings glauben, sein Erscheinen als globaler Spieler sei jahrelang einfach übersehen worden. Nichtsdestotrotz ist ein erstarktes China trotz des alle Dimensionen sprengenden Maßstabs nicht immun gegen innere und äußere Probleme. So ist die Volksrepublik auf ein stabiles wirtschaftliches Umfeld und Wachstum angewiesen und muss genauso auf offenen und freien Handel und Kooperation mit anderen führenden Wirtschaftsnationen setzen. Die sich zuspitzende Auseinandersetzung mit den USA könnte sich in diesem Zusammenhang als großes Problem für die Chinesen herausstellen. Gerade weil man in Washington gerade dabei ist, die Bundesrepublik in diesen Konflikt hineinzuziehen. China und der Pazifische Ozean dürften sich in den nächsten Jahren rasant zu einem neuen geopolitischen Hotspot entwickeln. Selbstverständlich hat China Interes-

sen, die nicht immer mit den unsrigen deckungsgleich sind. Dasselbe gilt allerdings auch für die USA. Mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“ versucht China zum Beispiel, die amerikanische Dominanz auf den Weltmeeren zu umfahren und hat dabei auch deutsches Know-how und deutsche Technik, aber natürlich genauso den deutschen Absatzmarkt im Blick. Nicht umsonst endet die neue Seidenstraße heute in Duisburg. Schon 2018 erreichten jede Woche 35 Güterzüge zwölf Tage nach Abfahrt in China den Endbahnhof im Ruhrgebiet. Die boomende Elektroindustrie, auch im Automobilssektor in Kombination mit günstigen Produktionskosten und flexibel agierender politischer Führung festigen Chinas Position als Weltmacht weiter. **Am Ende gilt für die Beziehung zu China: Entscheidend ist, was wir daraus machen.**

Denselben Satz könnte man auch über Europa sagen. Trotz aller Schwierigkeiten, die wir Europäer vor allem mit uns selbst und unserer Identität haben, bildet unser Kontinent noch immer das wichtigste Handelszentrum der Welt. Zwischen Lissabon und Helsinki findet die Hälfte des weltweiten Handelsverkehrs statt. Inmitten dieser 17 Billionen Euro schweren Wirtschaft liegt Deutschland, das auch auf europäischer Ebene mächtig sein könnte. Wir sind eine handelsstarke Nation, machen aber aktuell politisch nichts aus unserer Stärke. Es fehlt an Initiative und ideologischer Führungskompetenz. Deutschland ist eingebunden in eine dysfunktionale Europäische Union, die zu viel Energie für die Selbstverwaltung aufwenden muss, und leidet unter einer aus Überforderung untätigen Bundesregierung, die wie

Mehltau auf unserer Schaffenskraft liegt. Oft drängt sich der Eindruck auf, dass man auf den Regierungsbänken keinen Gedanken über eine starke Vertretung der Interessen deutscher Unternehmer, Arbeitnehmer und Visionäre macht. Natürlich ist es frustrierend zu beobachten, dass Deutschland zwar ein wirtschaftliches Schwergewicht ist, allerdings weder sein dortiges Potenzial voll ausschöpft, noch die machtpolitischen Lorbeeren ernten kann. Es ist mitunter unverständlich, wie wenig wir selbst von unserer Leistung profitieren und umso empörender zu sehen, wer es am Ende doch tut. Dennoch sind allzu große Vorsicht, Frustration und Angst auch hier wieder schlechte Ratgeber.

Es gibt im Gegenteil viele Gründe, gemeinsam anzupacken und etwas aus der Situation zu machen, neue Wege zu gehen und am Ende erfolgreich zu sein. Deswegen setzt sich die AfD im Europaparlament dafür ein, den europäischen Wasserkopf in Brüssel und Straßburg durch ein effizientes System der europäischen Zusammenarbeit zu ersetzen. Eine umfangreich entschlackte und vereinfachte Struktur mit tatsächlichen Experten an der Spitze soll das Abstellgleis und das Versorgungsposten-Depot für abgehalfterte Bundespolitiker ablösen und Raum zum Atmen schaffen. Dort wo es möglich ist, sollen gemeinsame Lösungen für alle europäischen Vaterländer gefunden werden, ohne politische oder gar ideologische Bevormundung ihrer Völker. Wir wollen zusammen für unsere Interessen eintreten, ohne unsere Identität an einen identitätslosen Haufen Bürokraten in Brüssel abzugeben. ■

Mein Video zu diesem Thema finden Sie hier:





Das neue Vertrauen in Kryptowährungen

Spätestens seit den Tweets des Paypal-Gründers Elon Musk sind sogenannte Kryptowährungen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Das zuvor etwas geekig daher kommende Konzept einer Währung, die allein auf digitalen Codes basiert, bietet heute vielen Interessierten einen ersten Einblick in die Funktionsweise von Märkten und Geld im Allgemeinen. Doch auch hier trägt der Schein.

Kryptowährungen, wie wir sie heute kennen, sind das Ergebnis jahrzehntelanger Entwicklungen und Fortschritte in der IT-Technologie. Sie zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass mit Ihnen ein

anonymer Zahlungsverkehr und die dezentrale Lagerung eines Guthabens möglich ist. Dies hat vor allem in den vergangenen Jahren die bisherigen Herren über den globalen Geldtransfer auf den Plan gerufen. Banken nämlich werden für die Übertragung von Kryptowährungen, wie sie beim Kauf oder Verkauf von Waren oder Dienstleistungen nötig sind, gänzlich umgangen.

Für Spekulanten und Investoren bieten Kryptowährungen ebenfalls interessante Entwicklungspotenziale. Just konnte mit dem Börsengang des Kryptomarktplatzes Coinbase an die US-amerikanische Nasdaq ein Meilenstein

im Bereich der Cyberdevisen erreicht werden. Gerade für Neulinge auf dem Trade-Parkett ist der Handel mit Kryptowährungen interessant, können sie doch auch mit geringem Einsatz ein Börsenkonto eröffnen und verschiedene Coins in sogenannten Wallets horten. Die Kursschwankungen und damit die Gewinn- und Verlustmargen sind dabei beachtlich. So stieg der Wert eines Bitcoins in den letzten fünf Jahren beispielsweise um knapp 14.000 Prozent auf mittlerweile über 50.000 EUR.

Maßgeblichen Einfluss auf die erhebliche Wertsteigerung der Kryptowährungen dürfte neben prominenten Fürsprechern wie



Elon Musk auch der Vertrauensverlust in klassische Fiat-Währungen wie Dollar oder Euro gehabt haben. Dieses Geld gerät immer wieder in Kritik, weil es in seiner Natur liegt, keinen inneren oder realen Wert zu besitzen. Schon der Name „Fiat“ leitet sich aus dem Lateinischen „es werde“ ab und versinnbildlicht in dem Zusammenhang die Entstehung aus dem Nichts. Gedeckt sind solche Währungen nicht wie es früher üblich war mit Gütern wie Nahrungsmitteln, Gold oder Silber, sondern allein durch die Macht der Regierungen und die allgemeine Akzeptanz des Geldes als Zahlungsmittel. Heute wird ein Großteil des Fiat-Geldes noch nicht einmal wirklich gedruckt, sondern per Tastatureingabe am Computer erschaffen.

Insbesondere seit Beginn der Finanzkrise 2008 und in stark erhöhtem Tempo seit Beginn der Corona-Krise Anfang 2020 hat beispielsweise die Europäische Zentralbank die Märkte mit Liquidität geflutet. Lag ihre Bilanzsumme Anfang 2008 noch bei 1,3 Billionen Euro, hat sie sich bis heute auf 7,5 Billionen Euro nahezu versechsfacht. Allein seit Beginn der Corona-Krise hat die EZB knapp drei Billionen Euro neu erschaffen, ohne dass es dafür einen tatsächlichen wirtschaftlichen Gegenwert gegeben hätte. Wegen der durch die Corona-Maßnahmen entstandenen wirtschaftlichen Schäden dürfte eher das Gegenteil der Fall sein. Dass der Markt mit wertlosem Geld geflutet wird, wird allerdings immer größeren Teilen der Bevölkerung bekannt und das wiederum sorgt über kurz oder lang zu einem zunehmenden Vertrauensverlust in die altbekannten Währungen und lässt Anleger und einfache Bürger gleichermaßen neue Wege erkunden.

Paradoxerweise wenden sich immer mehr dieser Fiat-Skeptiker nun den digitalen Zahlungsmitteln zu, obwohl auch hier klar ist, dass diese keinen realen Wert haben. Schlimmer noch, verfügt Bargeld doch wenigstens über einen gewissen Heiz- und Sammlerwert, kann man Blockchains nicht einmal sehen, geschweige denn anfassen. Ist möglicherweise der wahrnehmbar steigende Widerstand gegen die eigenen Regierungen ein Grund für die steigende Popularität der Kryptowährungen? Wenn Euro und Dollar auf der Macht der Regierungen in Europa und Amerika beruhen, dann scheinen immer mehr Anleger auf ihren Niedergang zu wetten, wenn sie sich Bitcoin und Co. zuwenden. Verlieren die Regierungen an Vertrauen, dann verliert ihr Fiat-Geld es mindestens genauso schnell.

Der EU und anderen großen Kontrollinstitutionen unserer Zeit droht mit der Durchsetzung von digitalen Währungen nun der Kontrollverlust. **Die mit großem Ressourceneinsatz durchgesetzte Regulation des Zahlungsverkehrs wird durch Kryptowährungen ad absurdum geführt.** Immer wieder hatte man in Brüssel für die Digitalisierung des Zahlungsverkehrs eingestanden, wenn es um die Abschaffung des Bargelds ging. Die Überwachung der Geldbewegungen ihrer Bürger liegt ganz offensichtlich im Interesse der EU. So diente der unerbittliche Einsatz für die Zahlung mit Kredit- und EC-Karten ganz dem Zweck der Nachverfolgbarkeit aller Geldbewegungen. Diesem Ziel wird durch die Zuwendung der Bürger hin zu digitalen, aber immer noch nicht nachzuvollziehenden Kryptowährungen nun ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht. Die Reaktionen sind

einigermaßen empört und hektisch. Neben der Verächtlichmachung des neuen Geldes fordert man zuweilen auch, es unter die Schirmherrschaft der EU-Behörden zu stellen oder gleich eigene EU-Kryptowährungen zu kreieren. Natürlich nur, um die Bürger zu schützen.

Selbstverständlich ist nicht jede Kritik an dem neuen Geld haltlos. Marktplätze im sogenannten Darknet haben sehr frühzeitig Bitcoins als Zahlungsmittel akzeptiert, um die Identitäten ihrer Betreiber und Kunden zu schützen. Der Handel muss sich hier nicht auf legale Waren und Dienstleistungen beschränken, was dem digitalen Geld bisweilen ein Geschmäcke des Verruchten anhängen ließ. Das dunkle Netz allein war zwar schon ein Problem für die Ermittlungsbehörden, doch ergab sich aus dem mit illegalen Online-Geschäften erwachsenen Zahlungsverkehr über herkömmliche Kanäle noch die Möglichkeit der Nachverfolgung krimineller Aktivitäten. Es ist daher in diesem Sinne durchaus verständlich, dass seitens der Regierung Maßnahmen ergriffen werden, um nicht auch noch die Abwicklung des Bezahlvorgangs ohne staatliche Überwachungsmöglichkeiten durchführen zu können. Dass der Staat sich immer weitreichendere Kompetenzen zur Einschränkung des freien Internets zuschreibt, ist gleichsam eine Entwicklung der letzten Jahre. Unklar ist dabei jedoch, wie wirksam die Beschränkungen sind und bleiben werden. Das Internet bleibt eben für so manchen bundesrepublikanischen Bürokraten undurchdringliches Neuland. ■

Die Lehren aus 20 Jahren Afghanistan

Die „wertebasierte Politik“ des Westens hat in Afghanistan ihr Vietnam erfahren – das dürfte mittlerweile auch dem letzten Transatlantiker klar geworden sein. Nach Alexander dem Großen und seinen Makedonen, Türken, Mongolen, Briten und Russen mussten nun auch die Vereinigten Staaten eine Niederlage akzeptieren. Afghanistan bleibt unregierbar, Afghanistan bleibt aber vor allem sich selbst treu. Letztlich triumphiert in Afghanistan das traditionelle Beharrungsvermögen einer Gesellschaft, die sich nur auf den eigenen Stamm und die Scharia verlassen kann, über eine global geprägte Demokratie. Dabei sollte doch eigentlich nach dem Fall der Mauer das „Ende der Geschichte“ eingeläutet werden – so erwartete man das jedenfalls in Washington. Überall, so die irriige Annahme, werde nun die westliche Demokratie über alle anderen Systeme triumphieren.

Heute wissen wir, wie falsch diese Annahme war. Die Versuche, das westliche System zu exportieren, sind in



Blutbädern untergegangen, haben neben Menschenleben vor allem Geld gekostet und davon viel. Die Gesamtkosten des Kriegs belaufen sich nach Berechnungen des „Costs of War Project“ an der Brown University in Boston allein für die USA auf 2.261 Milliarden US-Dollar. Die offiziell in Deutschland angegebenen 12 Milliarden sind demgegenüber nur ein Bruchteil, beinhalten aber weder die Folgekosten des Einsatzes, noch die immensen Kosten die durch die Aufnahme der Afghanen ausgelöst werden, die im Zuge des Konflikts ihre Heimat verlassen haben und zu uns gekommen sind.

Überhaupt hat der Einsatz der Nato in Afghanistan das Umfeld des Landes verändert. Einzelne Akteure, etwa die Volksrepublik China, gehen gestärkt hervor. Andere, zum Beispiel die Milliardennation Indien, haben nun das Nachsehen. Sicherlich am schwersten getroffen sind die Vereinigten Staaten selbst. Washington spielt in Zentralasien in Zukunft nur noch eine Nebenrolle. Für weitere großflächige Einsätze fehlt schlicht das Geld. Das scheint die wichtigste Lehre zu sein, die man aus dem Afghanistaneinsatz ziehen muss: Auch die Ressourcen einer Supermacht sind endlich. ■



Dr. Maximilian Krahn MdEP
@KrahnMax

#Afghanistan 🇦🇫 beweist: Westliche Kriegsmissionen, so humanitär sie gemeint sind, scheitern. Jetzt geht es darum, die Realität anzuerkennen: Migration verhindern durch Kooperation mit Pakistan, die Taliban als Realität anerkennen und die eigene Außenpolitik generell überdenken!

10:58 nachm. · 8. Aug. 2021 aus Riga, Lettland · Twitter for iPhone



Nicht nur der Ressourcenreichtum macht das Land für Globalisten interessant, sondern vor allem die geostrategische Lage.

Kasachstan im Visier der Globalisten

Unlängst geriet der zentralasiatische Staat in das Kreuzfeuer globalistischer Lobbyisten und ihrer Sympathisanten in der Europäischen Union. Durch intensive Lobbyarbeit des verurteilten Mörders Muchtar Äbljasow ist es gelungen, ein Bild Kasachstans in den Köpfen europäischer Abgeordneter zu zeichnen, das weit von der Realität entfernt ist.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist das Land, das mit seiner annähernd zehnmals so großen Fläche als Deutschland wie ein Sperrriegel zwischen China und Osteuropa liegt, wirtschaftlich aufgeblüht. Es gewährt seinen Bürgern mehr Freiheiten als irgendein anderes Land in der Region und ist mit der Vielzahl seiner ethnischen Einwohner, zu denen auch knapp 200.000 Deutsche zählen, bereits seit langem auf dem Weg in die Moderne.

Mit der Entdeckung riesiger Erdölvorkommen sichert sich Kasachstan stetigen wirtschaftlichen Fortschritt und bietet so manchem ausländischen Unternehmen vielversprechende Investitionsperspektiven. Das sechstgrößte Ölfeld der

Welt in der kasachischen Tengiz zum Beispiel wird seit seiner Entdeckung in den 1990er-Jahren hauptsächlich von US-amerikanischen Unternehmen ausgebeutet, denen auch hochrangige Politiker wie die Ex-US-Außenministerin Condoleezza Rice vorstanden.

Doch nicht nur der Ressourcenreichtum macht das Land für Globalisten interessant, sondern vor allem die geostrategische Lage. Bereits 1997 wurde die gesamte kaspische Region zur Interessensphäre der USA und Teil einer neuen Außenpolitik erklärt. Während die Vereinigten Staaten östlich des kaspischen Meeres versucht sind, ihre Dominanz im Luftraum durch den Ausbau von Luftwaffeninfrastruktur zu erhalten und zu erweitern, ist Kasachstan auch Teil chinesischer Expansionspolitik.

Schon heute hat die chinesische Führung mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“ eine Route geschaffen, die Waren per Zug von den chinesischen Produktionsstätten direkt bis nach Duisburg transportieren kann. Kasachstan wird dabei von gleich mehreren Bahnlinien durchquert und ist essenzieller Partner des Projekts. Der sich immer weiter zuspitzende Wirtschaftskonflikt der USA und China führt hier zu Stellvertreterkriegen, die sich in der Lobbyarbeit niederschlagen, die im EU-Parlament stattfindet.

Es liegt jedoch im Interesse der globalistischen Elite, die nationalen Kräfte des Ostens und ihre wirtschaftliche Expansion entscheidend zu behindern. Sollte es gelingen, das Europäische Parlament und vor allem die Kommission davon zu überzeugen, dass es sich bei Kasachstan um einen Schurkenstaat handelt, stünde das im harten Gegensatz zum stets proklamierten Selbstbild der EU. Wenn einem verurteilten Mörder und Betrüger wie Äbljasow Gehör geschenkt wird, würde sie damit nur erneut beweisen, wie leicht beeinflussbar sie in ihren Entscheidungen ist und mit welchem geringem Einsatz globalistische Weltanschauungen dort Fuß fassen können.

Schon Humboldt wusste wohl, dass die schlimmste Weltanschauung die derer ist, die die Welt nie angeschaut haben. Und dass sich so mancher, der heute Kasachstan verurteilen und belehren möchte, noch nie dort war, dürfte verdeutlichen, auf welcher Grundlage heute in der EU Entscheidungen getroffen werden. ■



Der Wandel in Saudi-Arabien

Der Wohlstand Deutschlands hängt am Export; für meinen Geschmack zu sehr, aber Politik muss die Realitäten beachten. Und auch bei einem weniger exportfixierten Wirtschaftsmodell gilt: Kein Land der Welt kann alles produzieren, wir bleiben von internationalen Handelsbeziehungen abhängig. Umso wichtiger ist es, stabile Partnerschaften zu einer Vielzahl von Ländern aufzubauen, um immer Alternativen zu haben und nicht erpressbar zu sein.

Seit Jahren beobachten wir den Wandel auf der Arabischen Halbinsel. Die Länder dort waren und sind immer noch vom Ölexport abhängig. Wegen der (von uns kritisierten, aber dennoch stattfindenden) „Klimapolitik“ wird Öl immer weniger als Energiequelle gefragt, zudem macht Fracking-Erdgas den Ölländern zunehmend Konkurrenz. Nach Dubai versuchen nun immer mehr Staaten einen ökonomischen Wandel zu einer breiter diversifizierten Wirtschaft.

Mittlerweile hat auch Saudi-Arabien diesen Weg beschritten und dazu Reformen eingeleitet, die noch vor zehn Jahren undenkbar erschienen und bislang in Deutschland wenig bekannt sind. Offensiv wirbt das Königreich für seine ökonomischen Zukunftsprojekte. Aus diesem Grund hält es einmal jährlich eine „Zukunftsinvestitionskonferenz“ ab. Da Saudi-Arabien zwar ein politisch schwieriges Land ist, aber seit Jahrzehnten ein Handelspartner Deutschlands, habe ich diese Konferenz besucht und mir selbst ein Bild gemacht.

Derzeit sind es vor allem große Ankündigungen, die der starke Mann des Landes, Kronprinz Mohammed bin Salman, vorträgt. Aber auch diese machen schon klar, dass sich das Land vom radikalen politischen Islam lösen und eher ein Modell wie die Emirate anstreben will. Für Deutschland und Europa ist bereits das eine gute Nachricht, weil somit der Isla-

mismus weiter an Kraft verlieren wird. Ökonomisch ergeben sich durch den beabsichtigten Umbau Saudi-Arabiens für Deutschland ebenfalls Chancen, die wir im Interesse unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands im Blick behalten werden.

Vor Beginn der Industrialisierung lebten 50 Prozent der Weltbevölkerung in Asien und schufen 50 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Im Jahr 1970 waren es mehr als 50 Prozent der Menschen, aber nur noch 15 Prozent der Wirtschaftsleistung. Wir erleben gerade, wie Asien sich wieder den ökonomischen Rang zurückerarbeitet, den es vor 1800 hatte. China hat sein Bruttoinlandsprodukt seit Beginn der Reformen 1978 nahezu verdreißigfacht, Indien wird absehbar auch aufholen. Mit diesem wirtschaftlichen Aufschwung geht auch eine Machtverschiebung einher: Asien ist immer weniger bereit, sich von den USA politisch dominieren zu lassen.

Aus diesem Grund versuchen die USA, durch einen Handelskrieg mit China dessen ökonomischen Aufstieg zu bremsen. Für Deutschland und die EU ist das gefährlich; China ist mittlerweile der wichtigste Handelspartner sowohl Deutschlands als auch der EU, noch vor den USA. Die Bundesregierung betreibt hier ausnahmsweise eine rationale Politik und versucht, diese Beziehungen zu stabilisieren und durch ein Investitionsschutzabkommen die Rechte deutscher Unternehmer in China besser zu schützen. Die USA hingegen erwarten von Europa, dass es sich an ihrem Konflikt beteiligt, was diese Bemühungen um bessere Investitionsbedingungen deutscher Unternehmer zunichtemachen und die Exportindustrie ernsthaft gefährden würde. Für Unternehmen wie VW und Mercedes wäre es sogar existenzbedrohend.

Die traditionell pro-amerikanische „Welt am Sonntag“ ließ zu diesem Themenbereich eine Umfrage erstellen. Danach

sind 77 Prozent der Deutschen dagegen, dass sich Deutschland in die amerikanisch-chinesische Konkurrenz einmischet, nur 17 Prozent wollen explizit auf Seiten der USA einen Handelskrieg mit China führen. Das Ergebnis ist überraschend klar.

Leider sehen viele deutsche Politiker die Situation anders. Insbesondere Grüne und FDP sind unerbittliche Kalte Krieger im Interesse der USA. Deutsche Interessen kümmern sie nicht. Ich erlebe es permanent hier im Europäischen Parlament, das für Außenhandelsfragen zuständig ist. Insbesondere bei dem Grünen Reinhard Bütikofer fragt man sich, wessen Interessen er eigentlich vertritt.

Für mich ist wichtig, dass bei aller Handels- und Außenpolitik die Interessen Deutschlands Vorrang haben. Der Konflikt zwischen den USA und China um die politische und ökonomische Vorherrschaft in Asien ist nicht unser Konflikt. Aber die Handelsbeziehungen betreffen unsere Unternehmen und Arbeitsplätze. Hinzu kommt, dass starker Handel mit Asien und China es uns ermöglicht, amerikanischen Erpressungsversuchen zu widerstehen. Wir erleben schon bei den Russland-Beziehungen, wie die USA durch Sanktionen unsere Handelsbeziehungen angreifen, um eine politische Verständigung zu verhindern und uns in ihr Lager zu zwingen. Das, was in Bezug auf Russland leider geklappt und für deutsche Unternehmen zu Schäden geführt hat, darf in Bezug auf China nicht erneut funktionieren, weil die Schäden dann ungleich größer wären. Dass 77 Prozent der Deutschen das genauso sehen, gibt Hoffnung. ■



Meine Rede zu diesem Thema finden Sie hier:



Eurasien als starker Block, der zu den Weltmächten USA und China Äquidistanz halten kann, ist eine attraktive Option für Deutschland und West-/Mitteleuropa.

Wir müssen aus dem Denken des Kalten Krieges heraus!

Wenn wir über Zusammenarbeit in Eurasien sprechen, dann müssen wir zuerst klarstellen, dass es nicht nur um Wirtschaft geht. Deshalb will ich zu Beginn auf David Ricardo und seine Lehre der komparativen Kosten verweisen.

Je unterschiedlicher miteinander handelnde Volkswirtschaften sind, umso größer sind die beiderseitigen Vorteile. Europa mit hoch industrialisierten Volkswirtschaften auf der einen und Russland und die zentralasiatischen Staaten, die vor allem Rohstoffe und Landwirtschaft exportieren, auf der anderen Seite sind ein solcher Fall. Wenn wir miteinander Handel treiben, haben wir die höchsten komparativen Vorteile. Diese Vorteile sind größer als beim transatlantischen Handel, weil die Volkswirtschaften auf beiden Seiten des Atlantiks recht ähnlich sind. Trotzdem kommen wir nicht in ein gu-

tes Verhältnis zu Russland. Sie werden sehen, dass dies politische Gründe hat. Ein gutes Beispiel ist Nord Stream 2. Selbst diejenigen, die sich heftig gegen Nord Stream 2 aussprechen, haben keine wirtschaftlichen Gründe dafür, sie argumentieren rein politisch. Ihre Gegner argumentieren hingegen in der Regel rein wirtschaftlich. Aber wir wollen Eurasien nicht nur als ein wirtschaftliches, sondern auch als ein politisches Projekt betrachten.

Gehen wir also von der rein wirtschaftlichen Analyse zu einer Analyse der Machtökonomie über. Wir werden im 21. Jahrhundert zwei Supermächte haben, die Vereinigten Staaten und China. Die Frage ist: Wird es einen dritten Block in der Mitte geben? Das wäre dann Eurasien. Denn wenn wir keine guten Beziehungen zu Russland und seinen Partnern in der Mitte finden,

dann wird die Europäische Union ihre Politik vollständig unter die Dominanz der Vereinigten Staaten stellen, so wie während des Kalten Krieges.

Wenn wir uns auf der anderen Seite die Bevölkerung und das BIP in der SCO (Shanghai Cooperation Organisation) ansehen, dann sehen wir, dass die Partnerschaft zwischen Russland und China eine Partnerschaft mit einem Senior- und einem Juniorpartner wird und ich fürchte, dass Russland nicht der Seniorpartner sein wird. Wenn wir also einen Block in der Mitte schaffen, dann könnte dieser eurasischer Block stark genug sein, um Äquidistanz zu beiden zu haben, den Vereinigten Staaten und China.

Washington wird das ablehnen. Denn es will seine Macht in Europa behalten, weil es für die USA viel schwieriger sein

wird, mit China zu konkurrieren, wenn sie Europa nicht als hundertprozentige Verbündeten an ihrer Seite haben. China hat hingegen ein Interesse daran, einen eurasischen Block in der Mitte zu schaffen und das hat etwas mit dem Geschäftsmodell Chinas zu tun: China exportiert Waren, China exportiert keine Politik und keine Kultur.

Ein Handelsabkommen, das hingegen von den USA und der EU geschlossen wird, hat nur einen sehr begrenzten Teil, in dem es um Quoten geht, der Rest ist Politik. Wir reden also über Arbeits-, Menschen- und Umweltrechte.

China unterstützt also Pläne für eine engere Integration zwischen Russland und der Europäischen Union, während die Vereinigten Staaten dem kritisch gegenüberstehen. Das ist ein Wettbewerb, bei dem es nicht in erster Linie um Wirtschaft, sondern um Macht und Politik geht. Wie das funktioniert, sehen Sie in der Ukraine. Solange dort die Krise andauert, können wir unsere Beziehung zu Moskau nicht verbessern. Heute haben wir ein Minsker Abkommen und heute ist es die Regierung in Kiew, die uns daran hindert, auf dem Weg zum Frieden voranzukommen und nicht die Regierung in Moskau.

Welche Ideen stecken aber hinter dieser Lage? Wenn wir uns die Welt des Kalten Krieges ansehen, dann hatten wir einen Dualismus. Es gab die Wahl zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Das ist natürlich vorbei, heute haben wir zwei Modelle zur Erklärung der Welt, die in den 1990er-Jahren entwickelt wurden.

Auf der einen Seite steht Huntingtons „Clash of Civilisations“. Er erklärt, dass es mehrere kulturell bestimmte Blöcke in der Welt gibt und dass diese in der Zukunft die Hauptakteure sein werden. Es handelt sich dabei um eine moderne Interpretation dessen, was Carl Schmitt im vorigen Jahrhundert als Großraumtheorie, als Blocktheorie, entwickelt hat. Verschiedene Teile der Welt betreiben ihre eigenen Blöcke nach ihren eigenen Regeln und verkehren miteinander diplomatisch.

Die andere große Theorie ist die von Francis Fukuyama: „Das Ende der Geschichte“. Sein These ist, dass erst wenn die ganze Welt der westlichen Idee des Liberalismus, der Menschenrechte folgt, eine friedliche Welt möglich ist. Das ist die Idee, das westliche Modell zu globalisieren. Das ist, was der Mainstream in Brüssel macht und was wir in Washington, D.C. sehen. Jeder, der in seinen eigenen Traditionen verbleibt, ist hier der Feind. Wir beurteilen also die ganze Welt nach unseren eigenen Standards. Deswegen haben wir jetzt im EU-Parlament immer Resolutionen gegen Russland, gegen Kasachstan, gegen Pakistan, wir bekämpfen China und viele mehr, weil sie nicht unserer politischen Idee folgen. Als Mitglied des Handelsausschusses, des Ausschusses für Außenpolitik und des Ausschusses für Menschenrechte sehe ich in allen drei Ausschüssen dasselbe Phänomen

Der einzige Ausweg ist zu sagen: nein. Wir haben verschiedene Blöcke in der Welt, und jeder dieser Blöcke hat das Recht, sich selbst nach seinen eigenen Regeln zu regieren. Also garantieren wir ein gewisses Maß an Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, selbst wenn das, was andere tun, nach unseren eigenen Standards nicht okay ist.

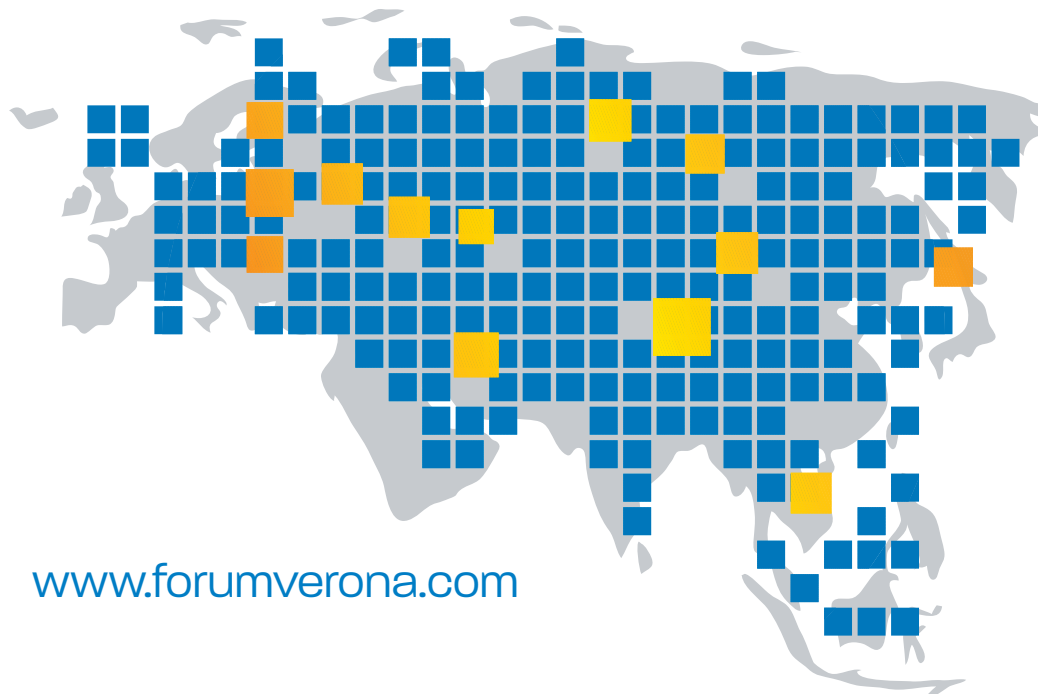
Deswegen will Russland eine Welt der Multipolarität haben und natürlich gilt das auch für China. Oder für Afrika und den Nahen Osten. Auf der anderen Seite wollen die Vereinigten Staaten und

die Europäer, die immer noch an der transatlantischen Partnerschaft festhalten, ihre alte europäische und westliche Weltmacht, das globalisierte westliche Modell, bewahren.

Es ist also an der Zeit, Entscheidungen zu treffen und ich sehe jeden Tag in Brüssel, wie darum gestritten wird. Natürlich glauben die große Mehrheit und der Mainstream in der europäischen Politik fest daran, dass nur unser westliches Modell die Welt zu einem besseren Ort macht. Dafür sind wir auch bereit, wirtschaftliche Einbußen hinzunehmen, wie man etwa am Beispiel Nord Stream 2 sehen kann.

Wir sind also noch in der Minderheit, aber wir werden ernst genommen. Denn die Argumente, die wir haben, sind hart. Wirtschaft und Zahlen sind Realität. China ist inzwischen unser größter Handelspartner. Wollen wir das wirklich aufs Spiel setzen, um den westlichen Liberalismus zum Weltstandard zu machen? Selbst Francis Fukuyama hat später einräumen müssen, dass seine eigene Theorie „falsch“ sei.

Wollen wir wirklich einer Theorie folgen, die ihr Erfinder als etwas Falsches ansieht? Ich würde sagen, wir haben gute Argumente, ihr nicht zu folgen. Zu akzeptieren, dass nicht-westliche Länder das Recht haben, ihr Land auf nicht-westliche Weise zu führen und dass wir trotzdem Freunde und Partner sein können. ■



Die Nationalstaaten sind die Hüter der EU-Verträge!

Wir sollten Polen danken!



König Jan Sobieski hat, im Jahr 1683 vor Wien, Europa vor der Eroberung durch die Türken verteidigt. Papst Johannes Paul II. gebürtig Karol Wojtyła, hat in den 1980er-Jahren den Anfang vom Ende des Kommunismus eingeleitet.

Jetzt gibt es eine neue polnische Heldin: Anna Dziużewski. Sie ist die Präsidentin des polnischen Verfassungstribunals, und dieses Verfassungstribunal hat nun zum ersten Mal ein wirksames juristisches Stoppschild aufgestellt gegen alle Tendenzen, die Souveränität der EU-Mitgliedstaaten komplett aufzulösen und die EU – also hier diesen bürokratischen Apparat in Brüssel – zu einer Art Superstaat zu machen, der eigentlich tun und lassen kann, was er will und kein Bürger, kein Gesetz, keine Verfassung kann das ändern.

Was ist geschehen? In Polen gibt es eine Justizreform. Diese Justizreform kann man gut oder schlecht finden. Man sollte sich nur merken: Im Ergebnis sorgt sie immer noch dafür, dass der Justizminister nicht einfach die Richter ernennt, was in Deutschland Standard ist und was – weil es in Deutschland Tradition ist – auch niemand hinterfragt.

Diese Justizreform gibt aber dem polnischen Justizminister mehr Macht und ist deshalb in Polen umstritten, denn in Polen ersetzen sich die Richter selbst. Es gibt also eine Richterschaft, die ihre Nachfolger selbst aussucht und das kann man mit guten Gründen für un-demokratisch halten, dass sich so eine Art Kaste bildet. Diese Justizreform ist eine polnische Angelegenheit. Was wir davon halten, ist egal, denn es ist souveränes Recht der Republik Polen zu entscheiden, wie man seine Richter aussucht.

Hier in Brüssel haben aber die polnischen Oppositionellen, insbesondere die Rechtsliberalen, teilweise auch die Sozialisten sehr viel Macht, und deshalb versuchen sie polnische Innenpolitik nach Brüssel zu holen. Und dies ist ihnen gelungen, indem der Europäische Gerichtshof entschieden hat, die polnische Justizreform verstößt gegen EU-Recht und muss geändert werden.

Die Europäische Union ist für Justizorganisation aber nicht zuständig. Nun sagt der Europäische Gerichtshof, die Europäische Union bekennt sich aber zur Rechtsstaatlichkeit und deshalb können wir auch über die Justizorganisation

bestimmen. Nein, sagt Anna Dziużewski. Die Europäische Union entscheidet nur über das, was in den Europäischen Verträgen an sie übertragen wurde. Und da steht nichts von Justizorganisationen. Das ist eine polnische Angelegenheit und deshalb ist euer Urteil, liebe Kollegen aus Luxemburg, in Polen nicht bindend. Denn die polnische Verfassung, die bestimmt, dass der polnische Staat, der polnische Souverän, das polnische Volk über die Justiz entscheidet, die geht nun einmal eurem Urteil vor. Und diese Entscheidung ist zunächst einmal komplett richtig, denn tatsächlich entscheiden in Europa die Völker und die Nationalstaaten, was die EU entscheidet und was nicht.

Es ist nicht so, dass die EU entscheidet, was sie gern hätte, sondern die EU muss das übernehmen, was ihr von den Mitgliedstaaten zugewiesen worden ist. Und Justizreform und Justizorganisation ist ihr nicht zugewiesen worden. Würde es anders sein, würde die EU selbst entscheiden können, was sie entscheiden will. Hätte sie also die Kompetenz, über ihre eigenen Kompetenzen zu entscheiden, dann wäre sie ein souveräner Staat und alle Mitgliedstaaten wären unsouveräne Provinzen. Weil

aber auf dem Papier zumindest die Mitgliedstaaten souverän sind und nicht die Union, entscheiden die Mitgliedstaaten darüber, was die Union entscheiden darf und nicht umgekehrt. Die Staaten sind die Hüter der Verträge.

In der Vergangenheit ist das nie problematisch gewesen, weil die Mitgliedstaaten, selbst wenn die EU sich Kompetenzen angemäht hat, die man schwerlich den Verträgen entnehmen kann, immer klein beigegeben und gesagt haben, ja kann man so sehen, wird schon so sein. Selbst wenn es Verfassungsgerichtsentscheidungen gab, wie die des deutschen Bundesverfassungsgerichts, des rumänischen Verfassungsgerichts und auch des französischen Staatsrats, die hier Bremsen einbauen wollten, bezog es sich immer nur auf Detailfragen, die meist in der Vergangenheit lagen und keinerlei praktische Relevanz hatten.

Und das Spiel ging weiter, dass sich die EU immer mehr Kompetenzen holte und die Nationalgerichte dazu sagen: Es ist ja in Ordnung, wir würden es genauso sehen. Und jetzt haben die Polen das erste Mal gesagt: Nein, was eure Kompetenz ist und was unsere Kompetenz ist, entscheidet nicht ihr, weil ihr euch mehr anmaßt, als euch nach den Verträgen zusteht. Das ist wie nun von Ursula von der Leyen und dem gesamten deutschen Mainstream zu hören ist, der fundamentale Angriff auf die Europäische Union. Und daran ist richtig: Es ist der fundamentale Angriff auf eine Europäische Union, die längst mehr sein will als ein Staatenbund, die ein Superstaat sein will, den zwar keiner gewählt hat, den auch keiner wirklich will, aber den sich die Politiker so sehr wünschen. Sie wollen die Vereinigten Staaten von Europa und sie wollen Vereinigte Staaten, die selbst entscheiden können, was sie zu sagen haben, ohne auf die Völker und ihre Verfassung Rücksicht zu nehmen.

Anna Dziwetzki hat deshalb nicht nur Polen gerettet. Sie hat ein Haltsignal

gegeben, das die ganze EU erschüttert und das überall die nationalen Souveränitäten und Verfassungen rettet. Die Antwort aus Brüssel ist ganz einfach: Man hat bereits den Polen die Mittel aus dem Corona-Wiederaufbaufonds gestrichen, immerhin 4% des dortigen Bruttoinlandsprodukts. Wir können daraus zwei Sachen erkennen. Erstens: Entgegen vieler Vorurteile auch bei uns geht es gerade osteuropäischen Staaten nicht nur ums Geld. Am Ende ist ihnen ihre nationale Selbstbehauptung wert, aufs Geld zu verzichten. Das sollten wir anerkennen. Wir sollten uns selbst fragen, ob nicht unsere Politik oftmals zu sehr aufs Geld schaut.

Und das Zweite, was wir sehen: Das Schlimmste für deutsche Politiker und hier in Brüssel sowieso, ist es, wenn Staaten ihre eigene Verfassung ernst nehmen. Wir erkennen daran, was sie vom Grundgesetz halten. Offenbar weniger als vom Machtstreben des Europäischen Gerichtshofs. Die Botschaft ist aber klar. Wer nicht will, dass die Mitgliedstaaten Europas, dass Polen genauso wie Deutschland nichts anderes werden als eine unsouveräne Provinz, der muss diese EU infrage stellen. Die Behörden und Institutionen hier bilden sich ein, sie könnten alles zu ihrer Kompetenz erklären und überall entscheiden, egal was die Verträge sagen und erst recht egal was die Verfassung und die Völker sagen. Und wir antworten: Nicht die Behörden und Institutionen sind die Macht in Europa, sondern die Mitgliedstaaten ihrer Völker, die sich nach ihrem freien Willen verfasst haben. Das in Erinnerung gerufen zu haben, ist wieder einmal das Verdienst einer Polin, der Verfassungsgerichtspräsidentin Anna Dziwetzki. Wir sollten ihr alle dafür danken und wir sollten hoffen, dass Polen hart bleibt. Wenn Polen hart bleibt, dann sind wir alle noch nicht verloren. Vielen Dank nach Warschau, es ist jetzt an uns, den Kampf aufzunehmen und fortzusetzen. ■

Mein Video zu diesem Thema finden Sie hier:





Demokratie Souveränität Individualität Freiheit Kultur

Wir verteidigen die Freiheit, unser christlich-abendländisches Erbe und die Souveränität der Nationalstaaten. Wir stehen für eine schlanke und starke EU, die sich auf ihre Kernkompetenzen beschränkt und nur dort handelt, wo es nötig ist. Wir streiten für ein Europa freier Vaterländer, die ihre Identität und Demokratie schützen. Entsprechend lehnen wir eine multikulturelle Migrationspolitik und offene Grenzen ab. Um all das zu erreichen, fordern wir in Brüssel und Straßburg eine sinnvolle Reform der EU.



IDENTITÄT UND DEMOKRATIE

MdEP Dr. Maximilian Krah
Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 – 1047 Bruxelles – Belgien
info@maximilian-krah.de

www.maximilian-krah.de
www.europarl.europa.eu
www.id-afd.eu

